

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Telefon: Hans Döckerhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Delle-Milano-Platz 8  
Telefon: Copalium

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme letzterfalls 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Genehmigt für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 13. August 1931

Im Auftrag  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Städte in Not.

-----  
Das Reich muss helfen.

SPD. Der Deutsche Städtetag, der als Spitzenorganisation die deutschen Städte umfasst, hat am Donnerstag ein Notprogramm veröffentlicht. Es ist ein schicksalsschweres Dokument und der Städtetag sagt selbst, dass die vorgesehenen Massnahmen eine ungeheure Belastung der Bevölkerung bedeuten und auf die Dauer gesehen schwerste Schädigungen auslösen.

Als Rechtfertigung dieser Ungeheuerlichkeit kann der Städtetag nur anführen, dass die Gemeinden im Augenblick schwerster Not die Initiative ergreifen, um die Unterstützungsleistungen sicherzustellen und um Schlimmeres im kommenden Winter abzuwenden. Aber selbst mit den geplanten Massnahmen, die an dem Fundament der Gemeinden, den Keimzellen der Nation rühren, ist nicht damit zu rechnen, dass die Gemeinden aus eigener Kraft die Schwierigkeiten überwinden. Es muss immer wieder betont werden, dass die Gemeindefinanzen sich ohne die Belastung der Arbeitsmarktkrise in Ordnung befinden würden. Die Gemeinden haben nicht verschwendet. Sie leiden aber unter der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre. Das Unternehmertum in Deutschland hat eine grosszügige, in vielen Teilen unsinnige und viel zu teure Rationalisierung durchgeführt. Es hat durch diese Rationalisierung Millionen von Menschen aus dem Arbeitsprozess geworfen. Das Unternehmertum steckte die Rationalisierungsgewinne ein, die Sorgen für die Arbeitslosen überliess es aber dem Reich. Das Reich hat sich der Illusion hingegeben, seine Finanzen ohne Rücksicht auf die Gemeinden sanieren zu können. Man hat den Gemeinden die Sorge um Millionen von Erwerbslosen überlassen.

Das ist das Schicksal der deutschen Gemeinden. Die Gemeinden stehen vor einer Aufgabe, mit der sie selbst nicht fertig werden können. Das Reich muss helfen. Die Massnahmen, zu denen sich jetzt der Deutsche Städtetag bekennt, sind eine Verzweiflungstat. Sie muss einen unheilvollen Ausgang haben, wenn sich die Verbundenheit zwischen Städten und Reich in diesem kritischen Augenblick der Not nicht bewährt.

+ + +  
Von den Notmassnahmen der Gemeinden werden alle Gebiete des Kommunalwesens betroffen. Der Städtetag verweist u. a. auf das Gebiet der Schule und der Bildung. Das Ziel müsse in der Volksschule eine vorübergehende weitere Erhöhung der Frequenzen (Schülerzahl) sein. Bei den übrigen Schularten denkt man an die Zusammenlegung gleichartiger Anstalten und die Verminderung der bisherigen Schulsysteme, an die volle Ausnutzung der zulässigen Pflichtstundenzahl, die Herabsetzung der Wochenstundenzahl bei den Schülern, die Zusammenlegung von Oberklassen und den Fortfall von wahlfreiem Unterricht. Selbstverständlich werden sich diese Massnahmen auf den Lehrstand auswirken müssen. Der Städtetag verspricht allerdings, Vorsorge dafür treffen zu wollen, dass durch eine Herabsetzung der Altersgrenze, trotz dieser Einsparungen die Anstellungsverhältnisse der Junglehrer nicht über Gebühr verschlechtert werden. Mit besonderem Nachdruck will man die Uebersteigerung des Berechtigungswesens bekämpfen. Eine scharfe Begabtenlese sei dringendes Gebot. Auch die im letzten Jahrzehnt besonders gepflegte Berufsschule

müsse für die nächsten Notjahre eingeschränkt werden. Die Zuschüsse für Theater- und Orchester seien herabzumindern.

Hinsichtlich der Bauwirtschaft wird bemerkt, dass ein stärkerer Abbau des gemeindlichen Bauwesens, das schon jetzt auf weiten Gebieten stillgelegt ist, unvermeidlich sei. Er soll die Unterhaltung im Hoch-, Tief- und Strassenbau betreffen. In einem Augenblick der Konzentration aller Kräfte auf die Beseitigung des dringlichsten Notstandes könnten öffentliche Mittel für den Wohnungsbau im bisherigen Ausmass nicht mehr verantwortet werden. Gefordert wird in diesem Zusammenhang die Beseitigung der Zweckbestimmung bei den Wohnbauanteilen der Hauszinssteuer. Um die Hauptaufgabe der Wohlfahrtspflege, die Unterstützung der Bedürftigen und Wohlfahrtserwerbslosen zu erfüllen, sollen einschneidende Eingriffe vorgenommen werden. Das gelte auch für die nicht unmittelbar lebensnotwendigen Sozialleistungen. Die Sonderstellung einzelner Fürsorgegruppen und verschiedene Sonderleistungen liessen sich nicht mehr aufrechterhalten. Die gehobene Fürsorge müsse eingeschränkt werden, die Aufwertungsbezüge seien auf die Fürsorgeunterstützung anzurechnen. Alles Einkommen sei bei der Bemessung der Unterstützung zu berücksichtigen. Auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werde man ohne einschneidende Eingriffe nicht auskommen. Die Vorschläge sollen sich hier u.a. auf rationelle Ausnutzung der vorhandenen Heilanstalten, Führung der Anstaltsbetriebe, Einschränkung der offenen Gesundheitsfürsorge und eine möglichst wirtschaftliche Gestaltung des Badewesens beschränken. Leider könne auch die Jugendwohlfahrt nicht unberührt bleiben.

Der Gesichtspunkt rationeller Wirtschaft müsse auch unbeschadet der Erfüllung der gemeinnützigen Zwecke bei allen wirtschaftsbetrieben der Gemeinden ganz besonders zur Durchführung kommen. Für alle Zweige der gemeindlichen Verwaltung sei deshalb eine betriebswirtschaftliche Prüfung unerlässlich. Das gelte auch für die Wohlfahrtsämter. In diesem Zusammenhang hat der Städtetag eine besondere betriebswirtschaftliche Durchprüfung, für die im Rahmen der "Wirtschaftsberatung Deutscher Städtetag A.G." sachverständige Kräfte bereitstehen, allen Gemeinden aufs dringlichste empfohlen. Selbstverständlich müsse auch der allgemeine Verwaltungsaufwand so sehr wie möglich verringert werden.

Das finanzielle Ergebnis der vorgeschlagenen Massnahmen errechnet der Deutsche Städtetag für den Rest des Haushaltsjahres 1931/32 für alle Gemeinden und Gemeindeverbände auf 250 bis 300 Millionen Mark. Das reicht natürlich nicht aus, die Fehlbeträge (bis jetzt 800 Millionen) zu decken. In diesem Zusammenhang hat man auch die Frage eines weiteren Abbaus der Gehälter und der Löhne geprüft. Der Städtetag ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, "dass den Beamten keine weiteren Sonderopfer zugemutet werden können, sondern dass alle Gehalts- und Lohnempfänger durch Beiträge die Möglichkeit geben müssen, die erwerbslos gewordenen Volksgenossen in Versicherung und Fürsorge zu erhalten."

Neben der Hilfe des Reichs, von der zunächst einmal 80 bis 100 Millionen Mark für den laufenden Monat verlangt werden, verweist der Städtetag auf die Notwendigkeit der Verwaltungs- und der Reichsreform, vor allem aber auf Erleichterungen, die eine Verwaltungs- und Reichsreform bringen könnte, und weiter auf die unbedingte Notwendigkeit, die Kosten der Lebenshaltung zu senken, um die Realbezüge zu steigern. Das starke Bestreben aller Stellen müsse darauf gerichtet sein, die Realbezüge möglichst zu erhalten. Andererseits müssten sich Reich und Länder an den Kosten der langfristigen Arbeitslosigkeit, die ungerechterweise allein den Gemeinden aufgebürdet sind, beteiligen.

Die Darlegungen des Städtetages schliessen mit den Worten: "Möge die Reichsregierung gemeinsam mit den Körperschaften der Selbstverwaltung handeln!".

SPD. Braunschweig, 13. August (Eig. Dr.)

Der Krach bei den evangelischen Bausparkassen ist noch nicht völlig geklärt und schon wird ein neuer treudeutscher Korruptionsfall bekannt.

In Braunschweig ist gegen den Geschäftsführer der Wohn- und Zweckbau G.m.b.H. Strafantrag gestellt worden, da er 48 000 Mark unterschlagen hat. Unter seiner Leitung hat die mit einem Kapital von 20 000 Mark ausgestattete Gesellschaft 170 000 Mark Verluste erlitten. Obwohl also nach den gesetzlichen Bestimmungen längst der Konkurs hätte angemeldet werden müssen, haben die "nationalen" Hintermänner versucht, die Gesellschaft zu halten.

Die Hauptgesellschafter sind sämtlich führende deutschnationale Politiker. Ihnen waren die Unterschlagungen, die bis in das Jahr 1928 zurückgehen, seit langem bekannt. Sie hatten aber allen Anlass, Vertuschungspolitik zu treiben. Die Wohn- und Zweckbau G.m.b.H. wurde auf das stärkste von dem deutschnationalen Finanzminister Kuchenthal unterstützt, der ihr mehr Hauszinssteuer bewilligte, als sämtlichen gemeinnützigen Baugenossenschaften und Baugesellschaften Braunschweigs zusammen.

Die durch diesen neuesten Korruptionsskandal heillos kompromittierten deutschnationalen Politiker gehören den Kreisen an, die seit Jahren gegen den gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau und ganz besonders gegen die Errichtung des mustergültigen Bebel-Hofes in Braunschweig mit den größten Verunglimpfungen Sturm liefen. Sie sind Mitglieder der Partei, die den traurigen Mut besessen hat, im preussischen Landtag die Einsetzung eines Ausschusses zur "Prüfung der Verwirtschaftung (!) öffentlicher Gelder im Wohnungsbau" zu beantragen!

-----

SPD. Der weitere Verlauf des Prozesses gegen die nationalsozialistische Bandengruppe des Sturms 33 vor dem Schwurgericht III in Berlin-Moabit ergab ungemein interessante Einzelheiten darüber, was es mit der so feierlich beschworenen Legalität Hitlers und der Seinen auf sich hat.

Der 18jährige, bereits erheblich vorbestrafte Konditor Neubert musste vor Gericht zugestehen, dass er im Besitz einer mit 10 Schuss Munition geladenen Armeepistole, Modell 08 war, die er von irgendeinem geheimnisvollen "Unbekannten" erstanden haben will. Dieser Unbekannte entpuppte sich später als ein organisierter Nationalsozialist, der anscheinend in den Verkehrslokalen der SA die wackeren Strassenkampfkrieger der NSDAP mit den "notwendigen Waffen" versieht. Es ist ungeheuerlich, dass auf diese Weise 18jährige Bürschchen in den Besitz von Waffen gelangen, deren verheerende Wirkung jeder Frontsoldat aus eigener Praxis kennt. Dem hoffnungsvollen Jüngling genügte anscheinend diese eine Waffe noch nicht, denn erbesass, wie der Staatsanwalt feststellt, noch eine kleine NG-Pistole, die er seinem Kameraden Pint, seinem jetzigen Mitangeklagten, schenkte. Neubert leugnet den Besitz dieser zweiten Waffe allerdings. Wie sich aus den polizeilichen Protokollen ergibt, hatte Neubert von einem weiteren rätselhaften "Unbekannten" die Aufforderung erhalten, sich zu seiner eigenen Sicherheit (!! ) eine Waffe zu beschaffen. Wenn man diese Stichproben, die eigentlich nur der Zufall veranlasst hat, zurückhaltend auf die gesamte SA ausdehnt, so muss man zu der Feststellung kommen, dass höchst wahrscheinlich 75 bis 80 % der SA-Bürgerkrieger bewaffnet herumlaufen und so eine ständige Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen.

Dem Angeklagten wurden vom Vorsitzenden und auch dem Beisitzer schliesslich die Aussagen vor der Polizei vorgehalten, die krass von den Bekundungen im Gerichtssaal abweichen. Neubert versucht sich auf aussergewöhnlich plumpe Weise herauszuschwindeln und behauptet u.a., der Vorlesung des von ihm später unterzeichneten Protokolls geistig nicht gewachsen gewesen zu sein. Als die Situation für den Angeklagten immer brenzliger wird, da sowohl Staatsanwalt wie Vorsitzender ihm innerhalb zehn Minuten etwa 15 schwere Widersprüche nachweisen, erhebt sich der Hitler-Anwalt Kamecke, eine Prominenz aus dem Umkreis

des Braunen Palastes und erklärt zur allgemeinen Belustigung, dass sich dann eben höchstwahrscheinlich die protokollführenden Beamten geirrt und den Angeklagten falsch verstanden hätten. Wie kann man auch nur auf den Gedanken kommen, dass ein nationalsozialistischer Totschläger es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt! Als Neubert dann angeben soll, wer ihm die Bekanntschaft des geheimnisvollen Parteigenossen mit der Armeepistole vermittelt habe, verlässt den Angeklagten einen Augenblick die Beherrschung und er spricht laut und deutlich von einem "Kameraden Gebert". Obwohl Vorsitzender und Berichterstatter, beides Juristen, die knapp drei Meter von dem Angeklagten entfernt sitzen, diese Bekundung genau gehört haben, bestreitet der Angeklagte plötzlich, von einem "Kameraden Gebert" gesprochen zu haben. Angeblich hat er nicht "Gebert", sondern "jemand" gesagt. Auch die Verteidiger wollen nichts gehört haben. Schliesslich gehen Vorsitzender und Berichterstatter über den bezeichnenden Zwischenfall hinweg.

Der Prozess wird am Freitag fortgesetzt. Aber bereits nach den ersten beiden Verhandlungstagen hat er den Eindruck verstärkt, dass die SA nichts anderes ist als eine bewaffnete Prätorianergarde.

-----

SPD. Bochum, 13. August (Eig. Drahtb.)

Die KPD des Ruhrgebiets hat in den letzten Tagen, veranlasst durch Gerüchte von einem bevorstehenden Verbot, mehrere Generalversammlungen abgehalten, in denen über die bei einem Verbot zu ergreifenden Schritte beraten wurde. Insbesondere beschäftigte man sich mit der getarnten Weiterführung der Partei-geschäfte und der heimlichen Herausgabe von Zeitungen.

Eine dieser Mitgliederversammlungen, die am Mittwoch in Recklinghausen stattfand, wurde von der Polizei aufgelöst. In ihr sollte eine Entschliessung angenommen werden, die besagt, dass durch das Versagen der unteren Organe der Werbefeldzug für den "roten" Volksentscheid vielfach nicht die Betriebsarbeiterschaft in dem erhofften Masse erfasst habe. Deswegen müssten in den nächsten Wochen die Belegschaften schärfer bearbeitet werden. Die Streikrüstung in den Betrieben müsse aufs höchste betrieben werden, um gegen den Severing-Terror Front zu machen. Die Kampfausschüsse ständen allerdings vielfach noch auf dem Papier. Das Vertrauensmännersystem in den Betrieben müsse bis zum 1. September ausgebaut sein. Jeder fünfte Arbeiter müsse ein Vertrauensmann der KPD werden. Auch die Erwerbslosenwerbung sei vernachlässigt worden. Die Gesamtpartei erwarte zum 31. August, dass an jeder Stempelstelle der Vertrauenskörper ausgebaut sei. Gegen den Masseneinfluss der SPD und der Gewerkschaften müsse schärfer angekämpft werden, zumal die Mitgliederzahlen in den letzten Monaten eine sinkende Tendenz aufwiesen.

In der Versammlung wurden neben revolutionären Schriften auch Zettel mit der Aufforderung gefunden, die Schaufenster der Geschäfte einzuschlagen.

-----

SPD. Es wird uns geschrieben:

Der geschäftsführende Vorstand der Zentrumspartei hat seine Beratungen mit einer Veröffentlichung abgeschlossen, von der man gerade nicht sagen kann, dass sie besonders aufschlussreich ist. Man erfährt aus ihr, dass alle innen- und aussenpolitischen Probleme besprochen und als einmütige Ueberzeugung aller festgestellt wurde, "dass für die wirksame Durchführung der äusserst schwierigen staatspolitischen Aufgaben im Reich und in Preussen die notwendige sachliche und methodische Handlungseinheit sowohl bei den verantwortlichen Instanzen der Partei wie bei ihren Vertretern in den beiden Kabinetten nach jeder Richtung hin gewährleistet sein muss." Von einer Ergänzung bzw. Umbildung des Reichskabinetts wird in der Veröffentlichung ebensowenig gesprochen wie von einer Aenderung des Kurses der Regierungspolitik im Reiche.

Alles das ändert nichts daran, dass entsprechende Gerüchte in Umlauf gesetzt worden und nicht zuletzt auf die von Herrn Kas. ausgegebene "Burgfriedensparole" zurückzuführen sind. Tatsächlich hat man sich in der Sitzung des Vorstandes der Zentrumsparlei in Anbetracht des bevorstehenden Winters mit der Frage beschäftigt, inwieweit die Möglichkeit eines Burgfriedens der Parteien unter sich gegeben ist. Ein positives Ergebnis hat diese Erörterung nicht gehabt. Es sei denn, dass man die neuerdings in der Zentrumspresse immer wiederkehrende Aufforderung zur Zusammenarbeit aller aufbaubereiten Kräfte als ein positives Ergebnis betrachtet. Im Zentrum selbst scheint man das nicht zu tun. Vielmehr soll man sich auch dort von vornherein darüber klar gewesen sein, dass die "Burgfriedensparole" vor allem bei den Deutschnationalen auf Widerstand stossen würde. Wie berechtigt diese Auffassung ist, zeigt ein Blick in die deutschnationale Presse, die höhnisch erklärt, dass es für sie ein "Burgfriede" mit der Sozialdemokratie nicht gibt.

Warum aber überhaupt Burgfrieden? In weiten Kreisen des Zentrums besteht zweifellos der Wunsch, das Verhältnis zu den Deutschnationalen künftig auf eine mehr sachliche Basis zu stellen. Dieser Wunsch ist zum Teil auf die Erwartung zurückzuführen, dass sich die Deutschnationalen bald von den Nazis trennen werden, zum anderen auf den in Aussicht genommenen Bittgang Hugenbergs bei Brüning. Auf dem Wege über einen "Burgfrieden" hoffte man deshalb die Deutschnationalen unter Verzicht auf ihre bisherige Hetze gegen die Regierung Brüning zu einer loyaleren Opposition veranlassen zu können. Mehr will das Zentrum nie beabsichtigt haben und über mehr soll auch in der Sitzung des Fraktionsvorstandes des Zentrums nicht gesprochen worden sein. Man denkt im Zentrum, wie es heisst, weder an eine Kursänderung der Reichspolitik noch an eine Umbildung des Kabinetts. Aber auch der Traum, dass Hugenberg sich angesichts der Not des Volkes in absehbarer Zeit zu einer loyaleren Opposition gegen das Kabinett entschliessen könnte, ist im Zentrum inzwischen ebenfalls verfliegen. Hugenberg selbst hat am Mittwoch einen längeren Erholungsurlaub angetreten. Aus seinem Bittgang zu Brüning ist nichts geworden. Wie wir annehmen, weil er es abgelehnt hatte, vorher von der hetzerischen Schreibweise seiner Blätter wie der Schlesischen Zeitung, abzurücken. Zwar hat er neuerdings durch eine Notiz seiner Pressestelle den Eindruck erwecken lassen, als ob er nie zu einem Bittgang zu Brüning entschlossen gewesen wäre. Dass dieser Bittgang in Aussicht genommen war, hat er nicht bestritten. Wir stellen demgegenüber nochmals fest, dass Hugenberg den Reichspräsidenten persönlich gebeten hat, einen Besuch bei Brüning zu vermitteln und der Reichspräsident diesem Ersuchen, nach einigem Zögern, durch seinen Staatssekretär beim Reichskanzler hat entsprechen lassen.

So bleibt nur noch festzustellen, dass das positive Ergebnis der Vorstands-Sitzung des Zentrums in der Vereinbarung besteht, künftig zwischen den Zentrumsministern im Reich und in Preussen eine "Handlungseinheit" herzustellen und an dem Kurs der Brüning-Politik mit dem Brüning-Kabinett, wie es ist, festzuhalten. Es ist bekannt, dass der Aufruf der preussischen Staatsregierung zum Volksentscheid bei den hinter der Reichsregierung stehenden Splittern verschnupft hat und auch der Reichskanzler etwas verschnupft war, weil er weder von der Absicht dieses Aufrufs noch von seiner Wiedergabe unter Bezugnahme auf die Pressenotverordnung des Reichspräsidenten gewusst hat. Ähnliche Dinge will man in Zukunft durch die Schaffung einer "Handlungseinheit" zwischen den Reichs- und preussischen Ministern ausschliessen, indem man sich regelmässig über die Absichten der beiden Kabinette genau informiert. Einmal um die Kontinuität der Zentrumspolitik zu wahren, zum anderen aber auch, um die Splitter, auf die Brüning nun einmal angewiesen ist, nicht ohne besonderen Grund vor den Kopf zu stossen. Das ist alles, was bei der Vorstandssitzung des Zentrums herausgekommen sein soll und das soll Herrn Brüning zugleich als Handhabe zur Beruhigung der Gemüter in den Splittergruppen seiner Regierung dienen. Das war, wie es heisst, überhaupt Sinn und Zweck der ganzen Tagung des Zentrumsvorstandes.



SPD. Basel, 13. August (Eig. Drahtb.)

Im Studienkomitee der Finanzsachverständigen erklärte der deutsche Delegierte Dr. Melchior, dass Deutschland nach der Stabilisierung der kurzfristigen Kredite auf drei Monate eine langfristige Anleihe von mindestens 2 Jahren benötigt. Ueber die Höhe dieses Kredites hat sich Dr. Melchior noch nicht geäußert, doch wird angenommen, dass der Betrag hinter dem von rund 2 Milliarden Mark, den seinerzeit Reichsbankpräsident Luther für wünschenswert bezeichnet hat, zurückbleibt.

Die Mehrheit des Komitees wird, wie der Berichterstatter der "Neuen Züricher Zeitung" meldet, wahrscheinlich die Meinung vertreten, dass die Gewährung eines langfristigen Kredites vor allem von den Regierungen abhängt, ohne deren Mithilfe gegenwärtig eine solche Anleihe unmöglich verwirklicht werden könne. Das Komitee werde Anregungen technischer Natur ausarbeiten, die geeignet seien, die Durchführung der künftigen Finanzoperation zu erleichtern. Damit könne sich dann das Wirtschaftskomitee in Genf beim Zusammentritt des europäischen Komitees, also im September, beschäftigen.

Die französischen Delegierten Moreau und Franqui haben während der Beratungen nachdrücklich darauf hingewiesen, dass der Aufgabenkreis der Genfer Beratungen strikte auf die Fragenkomplexe beschränkt werden müsse, die ihnen durch besondere Konferenzen zugewiesen seien, das heisse auf die Stabilisierung der kurzfristigen Kredite und die Feststellung der unmittelbaren Kreditbedürfnisse Deutschlands. Es scheint also, dass bei der Mehrheit des Komitees die Lösung der politischen Frage nach wie vor als Voraussetzung für jede grosszügige Finanzoperation zugunsten Deutschlands betrachtet wird.

SPD. Der französische Ministerpräsident Laval und der französische Aussenminister Briand werden der Einladung der Reichsregierung zum Gegenbesuch in Berlin nach den bisherigen Dispositionen am 26. und 27. August Folge leisten. Die Abreise von Paris soll am 25. August erfolgen.

Die etwas überraschende Kampagne, die in den letzten Tagen von einigen französischen Blättern gegen die baldige Reise der französischen Staatsmänner nach Berlin geführt wurde und die auf den französischen Ministerpräsidenten einen Druck dahingehend ausüben wollte, dass er der Reichsregierung erst nach der Völkerbundstagung einen Gegenbesuch machen sollte, hatte verschiedene Ursachen, die nicht alle denselben Quellen entspringen. Während es sich für die Wortführer der Rechten vor allem darum handelte, die deutsch-französische Aussprache nicht zu beschleunigen, hat bei der Linken zweifellos die Befürchtung eine Rolle gespielt, dass Briand infolge seines Gesundheitszustandes nicht nach Berlin reisen könnte. Inzwischen hat sich Briands Gesundheitszustand gebessert, zugleich aber hat der Ausgang des Volksentscheids in allen Kreisen Frankreichs grosses Aufsehen erregt und es ist keine Frage, dass die Niederlage des Triumphirats Hitler-Hugenberg-Thälmann im Lager der französischen Nationalisten eine tiefe Enttäuschung hervorgerufen hat, während sie innerhalb der französischen Linken eine starke Entspannung zur Folge gehabt hat. Auch in der französischen Regierung hat der Ausgang des 9. August das letzte Hindernis für den baldigen Antritt der Reise nach Berlin behoben. Laval und Briand haben sich deshalb entschlossen noch im August zu reisen. Die endgültige Entscheidung darüber wird am Freitag bzw. Sonnabend im französischen Kabinettsrat fallen.

Im Verlauf der Berliner Besprechungen dürften vor allem Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert werden.

SPD. Danzig, 13. August (Eig. Drahtb.)

Die von den Nazis abhängige Danziger Regierung bereitet einen neuen Schlag gegen die werktätige Bevölkerung vor. Sie will ein in vier Monaten entstandenes Defizit von 12 Millionen Gulden durch neue unerhörte Belastungen und durch den Abbau der sozialen Rechte decken. Da die Regierung die Kritik an ihren volksfeindlichen Massnahmen fürchtet, hat sie zunächst die Danziger "Volksstimme" auf vier Tage verboten. Eine öffentliche Versammlung der SPD wurde ebenfalls untersagt. Jetzt ist die Regierung sogar dazu übergegangen, sozialdemokratische Mitgliederversammlungen zu verbieten. Eine grosse Mitgliederversammlung, die zu Donnerstag-Abend einberufen war, wurde in letzter Minute mit der Begründung untersagt, dass sie unfriedlichen Zwecken diene, obwohl der Hauptsprecher Julius Gehl sein sollte, der jahrelang an der Spitze des Freistaates stand. Man kann nach diesen Massnahmen, die ausgesprochen faschistischen Charakter tragen, von einem Vernichtungsfeldzug gegen die Danziger Arbeiterbewegung sprechen.

Der deutschen Arbeiterschaft mögen die Vorgänge in Danzig als Lehre und Warnung dienen.

-----

SPD. Braunschweig, 13. August (Eig. Dr.)

Die Nationalsozialisten des Landes Braunschweig haben sich bisher immer noch nicht zum Rücktritt des Ministers Franzen geäußert. Die Deutschnationale Volkspartei bemüht sich dagegen, den jetzigen unhaltbaren Zustand zu ändern, indem sie vorschlägt, in Zukunft in Braunschweig nur einen Minister amtieren zu lassen. Die Nationalsozialisten scheinen auch bereit zu sein, wenigstens behaupten das die Deutschnationalen, den jetzigen deutschnationalen Finanzminister Dr. Kuechenthal zu stützen. Kuechenthal hat sich auch schon bereit erklärt, die Geschäfte als alleiniger Minister fortzuführen. Die Sozialdemokratie ist bisher aber noch nicht um ihr Einverständnis gefragt worden, obwohl sie darüber ein wichtiges Wort mitzureden hat.

Die Verfassung des Landes Braunschweig bestimmt, dass wenigstens zwei Minister das Staatsministerium bilden. Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass die Sozialdemokratie mit der Herabsetzung der Ministerzahl einverstanden sein wird. Eine Änderung der Landesverfassung aber ist nur mit Zweidrittelmehrheit möglich. Auch eine Landtagsneuwahl kann nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Irgendwelche Beschlüsse sind bisher von keiner Seite gefasst worden. Bis jetzt hat man aber den Eindruck, dass die Nationalsozialisten durch den Rücktritt Franzens vollkommen hilflos geworden sind. Franzen hat sich jedoch bereit erklärt, bis zum Zusammentritt des Landtags im Amte zu bleiben. Er führt immer noch, um mit ihm selbst zu sprechen, die "Notverordnungen der Brüning-Diktatur" durch, allerdings als geschäftsführender Minister. Da die Nationalsozialisten keinen Ausweg aus der Krise wissen, wäre es sehr wohl möglich, dass sie einen Mann aus dem "stinkenden Misthaufen" (frei nach Goebbels) stützen und tolerieren.

-----

SPD. Basel, 13. August (Eig. Drahtb.)

Der Direktor der Reichsbank, Dr. Fuchs, Dr. Schreiber von der Deutschen Bank sowie Herr Geidel als Vertreter der deutschen Bankiers sind am Donnerstag in Basel eingetroffen. Sie führten nachmittags Besprechungen mit den zur Zeit hier anwesenden Vertretern der ausländischen Banken.

-----

SPD. London, 13. August (Eig. Drahtb.)

Die grundlegende Idee der englischen Regierung zur Balancierung des englischen Staatshaushalts läuft darauf hinaus, die Bezieher von Einkommen aus festverzinslichen Papieren, also die Nutzniesser der Steigerung des Geldwertes, durch besondere Verpflichtungen zu dem notwendigen Sanierungswerke heranzuziehen. Führende Bankiers haben der Einführung einer besonderen Kapitalertragssteuer, die unter Umständen nur für eine begrenzte Zeit angeordnet werden soll, bereits zugestimmt. Die Verhandlungen der Minister über diese Probleme wurden am Donnerstag unter Hinzuziehung der Führer der Opposition fortgesetzt.

Baldwin hat seine Ferien unterbrochen und ist unerwartet nach London zurückgekehrt. Er hatte am Donnerstag mit MacDonald eine längere Besprechung. Der liberale Führer und Vertreter Lloyd Georges, Herbert Samuel, ist ebenfalls nach London zurückgekehrt. Von konservativer Seite wird neuerdings vor allen Dingen der Gedanke eines zehnpromzentigen Finanzzolles auf die gesamte Einfuhr propagiert. Die Pläne, für die sich die Regierung schliesslich entscheiden wird, sollen dem vielleicht schon in der nächsten Woche einzuberufenden Parlament vorgelegt werden.

Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, der durch die Bearbeitung der Vorschläge zur Bereinigung des Budgets überanstrengt war, hat einen gesundheitlichen Zusammenbruch erlitten und wird sich in den nächsten Tagen von den Geschäften zurückziehen.

-----

SPD. In den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrats gab Reichskanzler Dr. Brüning am Donnerstag einen vertraulichen Bericht über die jüngsten finanz- und wirtschaftspolitischen Massnahmen der Reichsregierung. An der Sitzung, die von den Vertretern der Länder fast vollzählig besucht war, nahmen u.a. auch die Reichsminister Dr. Dietrich und Dr. Schiele sowie der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff teil. An die Ausführungen des Kanzlers schloss sich auf Wunsch der Ländervertreter eine längere Aussprache, in der zahlreiche Fragen finanz- und wirtschaftspolitischer Art und weiter besonders auch landwirtschaftliche und handelsvertragliche Fragen zur Erörterung gekommen sind.

Der Reichskanzler wies im Verlauf seiner Darlegungen auf den ausserordentlichen Ernst der Lage und zugleich darauf hin, dass auch die Länder und Gemeinden durch organisatorische und finanzielle Massnahmen an dem Wiederaufbau mitarbeiten müssten.

-----

SPD. Duisburg, 13. August (Eig. Drahtb.)

Neun Kommunisten wurden hier am Donnerstag als Urheber einer Schiesserei und Schlägerei mit Nationalsozialisten am Vorabend des Volksentscheids zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren verurteilt. Die meisten Rowdies sind unter 20 Jahren.

-----

SPD. Die am Sonntag von Kommunisten feige ermordeten Berliner Polizei-offiziere Anlauf und Lenk werden am Montag beigesetzt werden. Die eigentliche Trauerfeier findet nachmittags in der Berliner Polizei-Turnhalle statt. Der Preussische Innenminister wird die Trauerrede halten. Ausser einem grossen Teil der Berliner Schupo werden Abordnungen aus verschiedenen Städten des Reiches an der Feier teilnehmen. Anschliessend wird die Leiche des Hauptmanns Anlauf auf dem Hedwigs-Friedhof in Berlin-Weissensee beigesetzt. Die Leiche des Hauptmanns Lenk wird am Dienstag nach Stargard in Pommern überführt, wo die Angehörigen des feige ermordeten Offiziers wohnen.

+ + +



Vom Schnellrichter beim Amtsgericht Berlin-Mitte wurden am Donnerstag 13 Kommunisten verurteilt, die in den letzten Tagen während des "kleinen Belagerungszustandes" am Bülowplatz festgenommen worden waren. Auf dem Richtertisch lag ein umfangreiches Waffenarsenal. Eine Arbeiterin erhielt wegen der gegenüber Polizeibeamten geäußerten Worte: "Ihr Penner, haltet Eure Presse, Ihr kommt alle noch dran", drei Wochen Gefängnis. Die anderen Angeklagten bekamen wegen unbefugten Waffenbesitzes Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu drei Monaten zudiktiert.

-----

SPD. In dem gleichen Augenblick, in dem die Nazi-Presse beteuert, dass ihre Anhänger an den scheusslichen Bluttaten der letzten Zeit nicht beteiligt sind, wird ein neues Verbrechen bekannt, das auf das Konto der SA geht. Das Opfer dieses Verbrechens ist der Vorsitzende des Reichsbanners in Lagow, Kreis Zielentz, der Arbeiter Paul Müller.

Die Nazi-SA-Gruppe Petersdorf, die durch Schlägereien und Ausschreitungen in der ganzen Gegend bekannt ist, trieb auch am Sonntag in Lagow ihr Unwesen. Eine Gruppe in Stärke von etwa 10 bis 15 Mann begab sich geschlossen, zum Teil in voller Uniform ausgerüstet, in das Viertel der Stadt, in dem die meisten Republikaner wohnen. Dort kam es auch bald zu heftigen Wortwechseln mit Reichsbannerleuten. Die Nazis wurden tödlich und stachen dem Vorsitzenden des Reichsbanners Müller in feigster und gemeinster Weise von hinten ein Messer in den Rücken. Müller brach zusammen. Er musste in das Krankenhaus Meseritz übergeführt werden. Sein Zustand ist sehr bedenklich, da infolge Verletzung des Rückgrats eine Lähmung eingetreten ist.

Als Täter kommt ein Petersdorfer SA-Angehöriger in Frage, als Mittäter bzw. Helfer der Kaufmann Feodor Seydel jun. und ein Horst Wienskowski, beide Mitglieder der braunen Mordgarde.

-----

SPD. Essen, 13. August (Eig. Drahtb.)

Die Rheinischen Stahlwerke AG, Abteilung Arenberg, teilen mit, dass sie in diesen Tagen 540 Arbeiter entlassen werden. Ausserdem kommen 20 Angestellte zur Entlassung.

-----

SPD. Madrid, 13. August (Eig. Drahtb.)

Die Sozialistische Partei veröffentlicht ein äußerst scharfes Manifest gegen die syndikalistischen und kommunistischen Attentate aus letzter Zeit und droht mit Vergeltungsmassnahmen, falls die Verbrechen nicht aufhören.

In ganz Spanien sind seit Mittwoch, insbesondere in den Arbeitervierteln der Städte, polizeiliche Haussuchungen nach Waffen im Gange. Allein in Assurien wurden 5000 Pistolen gefunden. In Saragossa wurde der Versuch der Syndikalisten, das sozialistische Gewerkschaftshaus zu stürmen, durch die Polizei vereitelt. In Sevilla-Land nimmt die syndikalistische Agitation zu.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Ein nationaler Held.

SPD. Der Führer des Stahlhelm in Sangerhausen ist ein gewisser Hauptmann a.D. Woge. Er ist Stadtverordneter und Mitglied des Stadtparkassenkuratoriums. Er hat sich eifrig beim Volksbegehren und beim Volksentscheid gegen die Preussensensurierung betätigt. Auch auf dem Breslauer Stahlhelmtag spielte er als Volksredner eine Rolle. Er verstand es prachtvoll gegen "die rote Misswirtschaft und Korruption in Preussen" zu deklamieren und die Beseitigung der Misswirtschaft zu fordern. Kurzum ein nationaler Held in jeder Faser seines Wesens.

Herr Hauptmann a.D. Woge ist Mitinhaber der Getreide- und Futtermittel-Grosshandlung J.G. Hoeltz & Söhne in Sangerhausen. Die Firma ist vor kurzem in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Als das Vergleichsverfahren eröffnet wurde, wurde von sachverständiger Seite festgestellt, dass die Bilanz schon seit Jahren nicht gestimmt habe! Die Firma strebt nun einen Vergleich mit ihren Gläubigern auf der Grundlage von 30 Prozent an.

Herr Woge, der Mitglied des Stadtparkassenkuratoriums ist, verstand es, Wechselkredite von der Stadtparkasse zu erhalten. Noch 14 Tage vor der Eröffnung des Vergleichsverfahrens hat er einen erneuten Wechselkredit von 5000 Mark von der Stadtparkasse abgehoben, obgleich ihm die Lage seiner Firma selbstverständlich bekannt war. Es wird untersucht werden müssen, ob nicht der Tatbestand des Kreditbetrugs gegenüber der Stadtparkasse Sangerhausen vorliegt. Sicherlich aber erfüllt es den Tatbestand der Korruption, wenn ein Mitglied des Sparkassenkuratoriums sich von der Sparkasse für sein bankerottes Geschäft einen Wechselkredit geben lässt!

Die Stadtparkasse hat ferner ihren Wintervorrat von Koks bei der Firma Herrn Woge bestellt gehabt. Sie hat ihn bezahlt und vorläufig bei der Firma gelagert. Als die Zahlungsschwierigkeiten bekannt wurden und die Sparkasse den Koks holen lassen wollte, war er nicht mehr zu finden. Das ist auch ein Tatbestand, der den Staatsanwalt angeht. Die Öffentlichkeit jedoch fragt: Warum hat der Stahlhelmführer, der Mitglied des Sparkassenkuratoriums ist, ausgerechnet diese Lieferung erhalten?

Nur nebenbei soll erwähnt werden, dass ausser der städtischen Sparkasse auch noch die Kreissparkasse mit 40 000 Mark an dem Zusammenbruch beteiligt ist. Den Aktiven von 126 000 Mark stehen Passiven von 350 000 Mark gegenüber.

Man versteht jetzt, warum dieser Stahlhelmführer so laut über die "rote Misswirtschaft und die Korruption in Preussen" geschrien und so sehnsüchtig nach einem Stahlhelmregiment in Preussen Ausschau gehalten hat. Er brauchte Kredite und eine Sanierung für sein bankerottes Unternehmen. Staatsgeld in die Kassen von seinesgleichen - das ist sein politischer Sauberkeitsbegriff, den er in Preussen einführen wollte!

Der richtige Stimmzettel.

Beim Hitler-Thälmann-Volksentscheid wurde in Berlin ein Stimmzettel abgegeben mit der Aufschrift: "In Preussen regieren Männer und keine Lümmel". Noch besser war ein Stimmzettel, der in Köln gefunden wurde. Er hatte die folgende Aufschrift:

Der alte Fritz ist wieder erstanden.....

Zorndorf hauptquardier, 9. Augustus.  
Generalorder:

Der Panduhr Adolf Hitler ist beträffenden falls Auszuheben  
und landeszuverweysen. Der Kerl mag bei seinen Bolakken  
stänkern. Friedrich II.

Unter der Generalorder des Alten Fritz war ein solider Krückstock hin-  
gemalt.

### Die Handgranate in der Schule.

---

In den polnischen Mittelschulen ist vom 1. September ab die militärische  
Ausbildung der Schüler obligatorisch. Sie erhalten Unterricht im Schiessen,  
im Bajonettfechten und im Handgranatenwerfen. Der Militarismus wird den pol-  
nischen Mittelschülern gründlich eingepfht. Wir sind in Deutschland noch nicht  
ganz so weit, immerhin sind wir auf dem besten Wege. Selbstverständlich ge-  
schieht solches nicht offiziell, aber wozu gibt es Sportlehrer vom Stahlhelm  
und von den Nationalsozialisten! Ist nicht die rechtsradikale Verseuchung der  
Mittelschüler in Deutschland schon weit vorgeschritten, gibt es nicht genügend  
rechtsradikale Oberlehrer, die sie befördern? Die Jugendgruppen des Stahlhelm  
und der Nationalsozialisten besitzen alle Handgranatenmodelle, mit denen sie  
üben und die sie gelegentlich ihren politischen Gegnern auf die Köpfe schlagen.  
Der finstere Geist des Krieges ist lebendig hüben und drüben!

### Die Fahne.

---

Bei einem Kinderfest in dem württembergischen Dorfe Kupferzell führte eine  
Schülklasse eine schwarzrotgoldene Fahne mit. Der Ortspfarrer nahm an der poli-  
tischen Fahne Anstoss und erklärte dem Lehrer, politische Fahnen dürften im  
Zuge nicht mitgeführt werden. Der Lehrer setzte ihm auseinander, dass Schwarz-  
rotgold die Reichsflagge sei. Der Pfarrer rief den Bürgermeister, der kratzte  
sich hinter dem Ohr und berief den Gemeinderat, der setzte sich zusammen und  
beriet langwierig, ob die Reichsfahne eine politische Fahne sei oder nicht.  
Endlich wurde mit Mehrheit in geheimer Abstimmung beschlossen, dass die Reichs-  
fahne keine politische Fahne sei und im Zuge mitgeführt werden dürfe. Darüber  
erböste sich der Ortspfarrer und blieb dem Kinderfest fern. Kupferzell liegt  
in Württemberg, Württemberg liegt in Deutschland.

### Grundsätze.

---

Im Werwolf findet man die folgende Briefkartennotiz: "Soweit wir infor-  
miert sind, hast Du recht. Die Abteilung Arbeitsvermittlung der Nationalsozia-  
listischen Deutschen Arbeiterpartei hat einem Betriebe in Hornberg (Baden),  
dessen Belegschaft in Lohnstreik getreten war, Arbeitskräfte vermittelt. Der  
Direktor des betreffenden Werkes ist nach unseren Informationen fremdrassig."  
Die Grundsätze der Hitlerpartei sind angeblich 1) sozialistisch, 2) antisemi-  
tisch. Deswegen hat sie gelbe Streikbrecher an einen jüdischen Kapitalisten  
vermittelt. Das nennt man noch Grundsatzfestigkeit!

### Auch schon verdächtig.

---

Das "Deutsche Adelsblatt", die Zeitschrift der Deutschen Adelsgenossen-  
schaft, hat unter der Abteilung Pommern die folgende Anzeige veröffentlicht:  
"Saisonausverkauf vom 1.-17. August Karstadt." Der "Völkische Beobachter" wid-  
met darob dem Adelsblatt einen ganzen Artikel. Er nennt die Aufnahme dieser  
Anzeige "nicht gerade adelig, sondern vielmehr skandalös", er spricht von  
Tollheit und Gesinnungsakrobatik und fragt schliesslich: "Ist das noch preus-  
sischer Schwertadel?" Also die sind nun auch schon verdächtig!

---

# Aus aller Welt

## Rund um die Notbremse.

Wie gefährdete Züge gewarnt werden - Spiegel und Magneten rufen halt!

SPD. 200 Menschen im FD-Zug Basel-Berlin sollten einem mörderischen Attentat zum Opfer fallen. Mit überlegter Sorgfalt, mit den gefährlichsten der verfügbaren Mittel sind die Verbrecher ans Werk gegangen. Wenn dabei kein einziges Todesopfer zu beklagen ist, wenn die Betroffenen zum grössten Teil nur leichte Verletzungen erlitten haben, so liegt das vor allem an den vielfachen Sicherheitseinrichtungen, mit denen die Reichsbahn ihre Züge und Strecken heute umgibt. Die Bauart der Wagen vermag selbst einem so heftigen Angriff wie diesem erfolgreich Stand zu halten. Die Fahrgestelle waren nicht gebrochen und nicht verbogen, sodass man die Wagen wieder aufstellen und ohne fremde Hilfe abrollen konnte. Die neuen Hülsenpuffer nahmen die Hauptwirkung der Stösse in sich auf, sogar die Fensterscheiben sind heil geblieben.

### Die Hilfe der "Opsi".

Aber mehr noch als die dauerhafte Bauart der Wagen trägt die Verbesserung des Signalwesens dazu bei, die Zahl der Unfälle zu senken. Für die deutsche Reichsbahn galt es zunächst, das Signalwesen der ehemaligen Achtländereisenbahnen zu vereinheitlichen. Zur Ankündigung der Signale, besonders im Nebel und bei Nacht, sind auf allen Hauptstrecken bis zu fünf weisse Balken mit schwarzen Schrägstreifen in bestimmten Abständen vor dem Vorsignal aufgestellt worden. Sie sollen dem Lokomotivführer eine eindringliche Mahnung sein, auf das kommende Signal zu achten. Trotz solcher Vorsichtsmassregeln besteht aber immer noch die Möglichkeit, dass der Lokomotivführer die Warnung übersieht. Deshalb sind die Sicherheitsingenieure der Reichsbahn seit vielen Jahren bemüht, Einrichtungen zu schaffen, die das "Halt" der Lokomotive unmittelbar aufzwingen.

Zu den verschiedenen dabei entwickelten Verfahren ist jetzt als neuestes die "Optische Zugsicherung" (Opsi genannt) erprobt und teilweise angewandt worden. Mit ihrer Hilfe lassen sich die verschiedensten Befehle auf die Lokomotive übertragen: beispielsweise die Aufträge, auf der Strecke plötzlich zu halten, auf einer Station ausnahmsweise halt zu machen oder durchzufahren, ein bestimmtes Gleis zu benutzen usw. Das ist heute um so wichtiger, als es bei der ständig zunehmenden Häufung von allen möglichen farbigen Lichtern und Scheinwerfern auf der Strecke - besonders dort, wo Landstrassen parallel zur Eisenbahn führen - immer schwieriger wird, eindeutige und nicht zu übersehende Signalbilder herzustellen.

Das Verfahren geht aus von der Wirkung des Lichtes auf eine Selenzelle. Diese wird für elektrische Ströme leitend, sobald sie von Licht getroffen wird. Die Wirkungen sind schwach, lassen sich aber mit Hilfe von Verstärkerröhren beliebig steigern.

### Radio auf der Lokomotive.

Auf der Lokomotive sind Sender und Empfänger angebracht. Auf der Strecke selbst befindet sich nur ein Spiegel. Er ist nicht sehr gross - nur etwa zehn Zentimeter im Durchmesser - und besitzt ähnliche Eigenschaften wie der Rückstrahler an Fahrrädern oder Automobilen, der ebenfalls auftreffendes Licht immer gerade nach dem Ausgangspunkt zurückwirft. Der von der Lokomotive ausgehende Scheinwerferkegel trifft diesen Spiegel, und dieser wirft kraft einer vorgeschalteten Linse das Licht gesammelt auf die Lokomotive zurück. Unabhängig von allen Schwankungen des Fahrzeuges trifft das zurückgeworfene Licht auf

den Millimeter genau die auf der Lokomotive angebrachte Selenzelle. Sobald diese Selenzelle das Licht empfängt, steuert sie über die Verstärkerröhre ein kleines hochempfindliches Relais, das seinerseits die Bremse auslöst. So wirkt letzten Endes der kleine Spiegel genau so stark auf den Zug, als wenn ein Mitreisender die Notbremse zöge.

#### 4500 Versuchsfahrten.

Die Möglichkeiten des Spiegels sind aber damit noch nicht erschöpft. Neben der einen Selenzelle, die das Bremsrelais betätigt, lassen sich noch mehrere Selenzellen mit wieder anderen Wirkungen anbringen. Sie können z.B. veranlassen, dass dem Zug bestimmte Ermässigungen der Geschwindigkeit aufgezwungen werden - man kann ihn am Vorsignal langsamer fahren lassen, damit er unter allen Umständen, ganz unabhängig von der Aufmerksamkeit der Lokomotivführers, am Hauptsignal zum Halten kommt usw.

Nebel, Regen, Schnee, Tau, Rauhreif sind ohne Einfluss auf das Gerät. Unter 4500 Versuchsfahrten hat sich niemals ein Versager oder eine ungewollte Auslösung der Vorrichtung gezeigt. Störungen durch fremdes Licht blieben aus. Ueberraschend selbst für den Hersteller des Gerätes war die Genauigkeit, mit der die Geschwindigkeitsbegrenzung arbeitet. Wenn die Vorrichtung z.B. darauf eingestellt war, den Zug nicht schneller als 62 Stundenkilometer fahren zu lassen, beharrte sie in dieser Wirkung monatelang so unverändert, dass die Züge mit einer Geschwindigkeit von 61 Kilometern ungestört weiterfahren konnten, während sie bei 63 Kilometer stets gebremst wurden.

#### Kippschiene und Notbremshebel.

Ein anderes wirksames Verfahren der Zugbeeinflussung ist die sogenannte "Mechanische Fahrsperr", die in einer vom Signal bewegten Kippschiene besteht. Gegen diese Kippschiene rennt bei Stellung des Signals auf Halt ein aus dem Zuge herausragender Notbremshebel an, der seinerseits die Luftdruckbremse betätigt und so den Zug zum Halten bringt. Diese Vorrichtung bremst aber den Zug erst unmittelbar am Haltsignal - fährt er also mit grosser Geschwindigkeit, so rutscht er noch um ein erhebliches Mass über das Signal hinaus. Das Verfahren ist deshalb nur dort verwendbar, wo die Fahrgeschwindigkeit der Züge entsprechend begrenzt ist: also beispielsweise auf den Stadt- und Vorortbahnen in Berlin und Hamburg. Hier ist sie auch - auf 460 Kilometern Gleisstrecke - durchgehend und für dauernd in Betrieb genommen worden und hat sich bestens bewährt.

#### Für 25 Millionen Mark Sicherheit.

Bei schnellfahrenden Fernbahnen sind Versuche mit "induktiven Zugbeeinflussungen" im Gang. Hier wird der Zug  $\frac{3}{4}$  ohne mechanische Berührung zwischen Strecke und Lokomotive - durch Elektromagneten gebremst. Da die Versuche, die auf 2200 Kilometern Gleisstrecke mit etwa 80 Lokomotiven vorgenommen wurden, günstig verliefen, wurde zunächst eine weitere zweigleisige Hauptbahn in nebelreichem Klima mit derartigen elektromagnetischen Sicherungen ausgerüstet. Insgesamt waren 2800 Kilometer Strecken, 490 Lokomotiven und 1055 Triebwagen der Reichsbahn bis Ende 1930 mit den verschiedensten Zugbeeinflussungsapparaten versehen. Etwa 25 Millionen Mark werden jährlich dafür ausgegeben.

+ + +  
24 Millionen Obdachlose. Bei der Ueberschwemmungskatastrophe am chinesischen Yangtsefluss sind nach den vorläufigen Schätzungen 4 Millionen Behausungen zerstört und 24 Millionen Menschen obdachlos geworden.

+ + +  
Der letzte Akt. Das im Jahre 1904 erbaute ehemalige deutsche Linienschiff "Lothringen" wurde für 246000 Mark an eine Firma in Siegen (Westfalen) zur Verschrottung verkauft.

+ + +



Vom Zuge erfasst. An einem Bahnübergang vor dem Bahnhof Hersfeld (Hessen) wurde ein Berliner Auto von einem Güterzug erfasst und zermalmt. Eine Frau Maxjor Schmidt aus Berlin wurde auf der Stelle getötet; der Führer des Wagens, ein 25jähriger Student aus Berlin, erlitt schwere Verletzungen. Die Katastrophe ist darauf zurückzuführen, dass der Bahnwärter die Schranke erst geschlossen hatte, als sich das Auto bereits auf dem Gleiskörper befand und der Zug heranbrauste. Nachdem das Unglück geschehen war, erlitt der Schrankenwärter einen Tobsuchtsanfall. Er wurde in Schutzhaft genommen.

+ + +  
Ermordung eines Kaufmanns. Der Inhaber der Hamburger Chemikalienfirma Konrad Scherer & Co., der 37jährige Kaufmann Ernst Karl Nitze, wurde in seinen Hamburger Büroräumen am Steindamm in einer grossen Blutlache ermordet aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Nach den bisherigen Feststellungen fehlen eine goldene Uhr, ein Herrenmantel und Bargeld. Der Geldschrank des Kontors war geöffnet. Als Mordwaffe scheint ein Beil benutzt worden zu sein. Vorläufig fehlt von den Tätern jede Spur.

+ + +  
Explosionsursache. Nach Mitteilung der Hauptverwaltung des Bergbau-Industriearbeiterverbandes ist die Ursache der Explosion im Brikettwerk der Kölner Roddergrube am Sonntag vermutlich darin zu suchen, dass zwei Brände, die am Donnerstag und Freitag voriger Woche durch Blitzschlag in der Grube entstanden, nicht völlig gelöscht worden waren. Es ist technisch möglich, dass sich der Brandherd bis zum Sonntag gross entwickelte und durch Hinzutritt von Zugluft zur Explosion führte.

+ + +  
Einsturzunglück in Paris. In einem alten Pariser Stadtviertel stürzten beim Abbruch baufälliger Häuser zwei Stockwerke zusammen. Drei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben, konnten jedoch von der Feuerwehr nach kurzer Zeit wieder geborgen werden. Wie durch ein Wunder haben die Verschütteten nur geringe Verletzungen erlitten, - Kurze Zeit nach diesem Unfall wurden auf einer Baustelle in einem Pariser Vorort zwei Arbeiter durch einen zusammenbrechenden Kran getötet.

+ + +  
Neuschnee im Algäu. Im Algäu ist bis zur Waldgrenze Neuschnee gefallen. Die Temperaturen liegen um den Gefrierpunkt.

+ + +  
Neue Grönlandforschungen. Die Mitglieder der bis vor kurzem von Professor Wegener geleiteten deutschen Grönlandexpedition sind in ihren Forschungsarbeiten auf Station Eismitte (400 Kilometer von Ost- und Westküste Grönlands entfernt) ein bedeutendes Stück vorwärts gekommen. In 12-tägiger Arbeit konnten sie aus der Reflexion von künstlichen Erdbebenwellen die Eisdicke messen. Die Erdbebenwellen wurden durch Sprengungen, zu denen insgesamt 180 Kilogramm Sprengstoff verwendet wurden, am Eisuntergrund erzeugt. In der Randzone wurden in 1800 Meter Seehöhe Eisdecken von 700 bis 900 Metern gemessen. In der Mitte wurde eine Eisdicke von 2 700 Metern festgestellt. Dadurch bewahrheitet sich die Wegner'sche Theorie, dass Grönland wie eine eisgefüllte Schale geformt ist. Mehrere Millionen Kubikmeter Eis lagern auf felsigem Grund. Da die grönländische Eiskappe nunmehr im Schmelzen begriffen zu sein scheint, so müsste allmählich das Innere Grönlands wieder auftauchen. Es ist nicht ohne Tragik, dass die Bestätigung der bedeutenden Wegner'schen Theorie erst jetzt, einige Wochen nach dem Tode des Forschers, erfolgt.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Sturmwolken über den Gemeinden.

315 000 Gemeindearbeiter und Strassenbahner im Abwehrkampf.

SPD. Die Verhandlungen des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs mit dem Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands, die infolge der Bestimmungen der Notverordnung erforderlich geworden waren und dieser Tage stattfanden, sind ergebnislos geblieben. Ein Versuch der Gewerkschaften über den Reichsarbeitsminister eine Einigung herbeizuführen, ist gescheitert.

Der Reichsarbeitgeberverband fordert - als erste Massnahme eine Kürzung der zurzeit bestehenden Tariflöhne bis zu 14 Pfennig pro Stunde und entgegen den bevorstehenden Tarifen Anwendung des Reichsarbeiterlohnes bei Neueinstellungen. Ferner verlangt er Herabsetzung der Tarife der Wohlfahrtsfürsorgearbeiter auf den Stand der Reichsarbeiterlöhne. Diese Massnahmen sollen Geltung haben bis etwa zum 1. Oktober. Im Laufe des Septembers sollen dann neue Verhandlungen geführt werden, um einen weiteren Abbau der Löhne herbeizuführen.

Die Reichstarifkommissionen für die Gemeindebetriebe und Verwaltungen sowie für die kommunalen Strassenbahnen, die am Donnerstag gemeinsam tagten, haben die Vorschläge des Reichsarbeitgeberverbandes einstimmig abgelehnt. Der Reichsarbeitgeberverband hat daraufhin erklärt, dass er nunmehr von sich aus den Bezirksarbeitgeberverbänden, bzw. den angeschlossenen Stadtverwaltungen empfehlen werde, entsprechende Lohnkürzungen unverzüglich eintreten zu lassen.

Die Gemeindearbeiter werden sich trotz Notverordnung nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellen lassen. Die auf Grund der Notverordnung von den Gemeinden geforderte Herabsetzung der Löhne bedeutet für die Gemeindearbeiter eine Lohneinbusse von 25 bis 30% ! Die einseitigen Anordnungen des Reichsarbeitgeberverbandes beschwören schwere Kämpfe um die Lohn- und Tarifverhältnisse der deutschen Gemeindearbeiter herauf. Nahezu 60 % aller deutschen Gemeindearbeiter sind in lebenswichtigen Betrieben beschäftigt: in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, in der Ernährungswirtschaft, in den Schlacht- und Viehhöfen, in den Markthallen, in der Stadtentwässerung, im Verkehrswesen, in den Hafenanlagen und in vielen anderen Zweigen der Gemeindegewirtschaft, vor allem auch im öffentlichen Gesundheitswesen. Der Angriff auf die elementarsten Rechte dieser Arbeitnehmerschicht, die Ausserkraftsetzung verfassungsmässiger Rechte bringt die Gefahr grosser wirtschaftlicher Kämpfe in greifbare Nähe, deren Auswirkungen im Augenblick kein Mensch zu übersehen vermag.

Der Protest, den der Gesamtverband der Arbeitnehmer - die ausschlaggebende freigewerkschaftliche Organisation der Gemeindearbeiter - gleich nach Erlass der Notverordnung an die Reichsregierung gerichtet und der Öffentlichkeit übergeben hat, ist von den massgebenden Stellen bis zur Stunde nicht beachtet worden. Die deutschen Gemeindearbeiter haben erst zu Anfang dieses Jahres Lohnsenkungen in einem Ausmass bis 8 % auf sich genommen. Damals wurde mit dem Reichsverband öffentlicher Arbeitgeber ein Abkommen abgeschlossen, das den Bezirksarbeitgeberverbänden und den angeschlossenen Gemeinden empfahl, Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen zum Zwecke der finanziellen Entlastung der Kommunen. Die Arbeitnehmer waren die Anreger. Bis auf Berlin und Hamburg und einigen sächsischen Gemeinden, Dresden, Leipzig haben die Gemeinden von dieser Vereinbarung nicht

Gebrauch gemacht. Im Gegenteil: wir haben heute noch Bezirke, in denen die Arbeitszeit wesentlich über 48 Stunden hinausgeht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wäre seinerzeit das sicherste Mittel gewesen, die Gemeindefinanzen zu einem Teil von ihren Lohnausgaben, bezw. ihren Wohlfahrtsausgaben zu entlasten. Rund 100 000 Gemeindearbeiter arbeiten in den oben bezeichneten Bezirken und Gemeinden seit Anfang ds. Js. 44, 40 und noch weniger Wochenstunden. Gewaltige Opfer haben die Gemeindearbeiter aus Klassensolidarität und Interesse um die Erhaltung und den geordneten Gang der Gemeindefinanzen und -verwaltungen gebracht.

Die Städte und Gemeinden können nicht bestreiten, dass die Lohnetats im letzten Jahre um einige 10 Millionen abgebaut werden konnten, die zum grossen Teil den Wohlfahrtsämtern zugeflossen sind. Dieser Abbau und diese Verlegung der Etatsmittel ist auf Kosten der Lebenshaltung der Gemeindearbeiter gegangen. Arbeit in den Gemeindebetrieben ist aber heute keine Fürsorgebeschäftigung mehr, sondern zu nahezu 100 % lebenswichtig und für das Gemeinwohl unbedingt erforderlich.

Die Durchführung der beabsichtigten Lohnkürzungen für die deutschen Gemeindearbeiter bringt trotz ernsthafter Würdigung der Finanzlage der Gemeinden die Gefahr grosser Arbeitskämpfe, über deren Tragweite sich hoffentlich die Regierungen und die breite Öffentlichkeit keiner Täuschung hingeben. Die Gefahr ist akut. Sie abzuwenden, kann nicht denen zugemutet werden, die in den letzten Monaten durch Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen schon sehr hart mitgenommen wurden.

---

SPD. Die "Deutsche Technikerzeitung", das Organ des freigewerkschaftlichen Bundes der Technischen Angestellten und Beamten, veröffentlicht in seiner neuesten Nummer ein Rundschreiben des Reichsbundes der höheren Beamten über eine zwischen dem Reichsbund und dem Reichsverband der deutschen Industrie stattgefundene vertrauliche Aussprache, aus der die grosse Masse der Beamten erkennen kann, was die hohe Bürokratie und das Schwerkapital für sie übrig haben.

Von den Vertretern des Reichsbundes wurde in der Besprechung ausgeführt, dass die höhere Beamtenschaft vor allem folgende Fragen beschäftigen: Erhaltung des Berufsbeamtentums, ordnungsmässige akademische Vorbildung gegenüber der Tendenz, unvorgebildete Personen auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit in leitende Stellungen zu bringen (Parteibuchbeamten) und die Aufrechterhaltung eines angemessenen Unterschiedes zwischen der Stellung der höheren Beamten einerseits und den mittleren und unteren Beamten auf der anderen Seite auch in Bezug auf die Besoldung.

Die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie erwiderten auf diese Forderungen, dass sie volles Verständnis für den Standpunkt der höheren Beamten hätten. Die höheren Beamten - darin stimmten sie dem Reichsbund durchaus zu - müssten unbedingt eine ihrer Stellung entsprechende Bezahlung erhalten, die in ausreichendem Masse ihrer Vorbildung Rechnung trage, Abstand von den Gehältern der mittleren und unteren Beamten halte und nicht nur die Unabhängigkeit und Integrität der höheren Beamten sicherstelle, sondern es ihnen auch ermöglicht ihre Stellung als Kulturträger aufrecht zu erhalten. - Die unteren und mittleren Beamten können hier mit voller Deutlichkeit erkennen, dass sie von der hohen Bürokratie wirklich nichts zu erhoffen haben. Wenn sie ihre Existenz retten wollen, dann nur durch die Hilfe einer geschlossenen einheitlichen Arbeitnehmerfront. Für die Führung des Arbeitgebertums ist die grosse Masse der Beamten kein Kulturträger und also auch nicht berechtigt, mehr zu beziehen als ein Gehalt, das gerade zur Stillung des Hungers ausreicht.

---

SPD. Der Verband der Lithographen und Steindrucker hält in der Zeit vom 16. bis 19. August in Erfurt seinen 15. Verbandtag ab. Im Mittelpunkt der Tagung steht neben dem Geschäftsbericht die Beratung der neu zu gestaltenden Satzungen, der Tarifpolitik und der technischen Entwicklung.

Die Mitgliederzahl des Verbandes ist, wie aus dem bereits vorliegenden gedruckten Geschäftsbericht hervorgeht, seit dem letzten Verbandstag von 18 700 auf 21 000 gestiegen. Ein Beweis, dass die Krise den Mitgliederbestand nicht gefährden konnte. Berücksichtigt man das gute Organisationsverhältnis - 97 Prozent der Berufsangehörigen sind organisiert - , dann ergibt sich, dass der gesamte Nachwuchs organisatorisch restlos erfasst werden konnte.

Wirtschaftskrise und technische Neuerungen, die strukturelle Veränderungen zur Folge hatten, haben sich arbeitsmarktpolitisch für den Verband ungünstig ausgewirkt. Die Arbeitslosigkeit stieg in der Berichtsperiode von fünf Prozent auf über 26 Prozent. Die hohe Arbeitslosenziffer und die lange Dauer der Arbeitslosigkeit haben auch an den Verband der Lithographen in der Unterstützung starke Anforderungen gestellt. Welche Kraft der Verband dabei an den Tag gelegt hat, erhellt aus der Tatsache, dass die Arbeitslosenunterstützung im letzten Jahr das Vierfache der Summe des Jahres 1927 beträgt, und dass die Krankenunterstützung im Jahre 1930 mit mehr als 400 000 Mark weit über den Zahlen früherer Jahre steht. Neben der satzungsgemässen Unterstützung wurden noch beträchtliche Sonderleistungen an die Mitglieder gegeben.

Die Erfurter Tagung sieht sich vor einem Beratungsstoff, dessen Bewältigung bei allen Delegierten einen starken Arbeitswillen voraussetzt.

-----

SPD. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gehen auch die hessischen Ziegeleibesitzer mit - schlechtem Beispiel voran. Sie haben nur ein Ideal: Freiheit von jeder tariflichen Bindung, um in Arbeitsfragen nach Gutdünken schalten und walten zu können. Kein Wunder, wenn die Verhandlungen über einen Neuabschluss des Manteltarifs gescheitert sind. Bei den Verhandlungen spielte naturgemäss die Arbeitszeitverkürzung die Hauptrolle. Auf die Forderung der Gewerkschaften, die 40-Stundenwoche einzuführen, erklärte der Syndikus des Unternehmerverbandes wörtlich: "Wir werden bei 40stündiger Arbeitszeit keinen Mann mehr einstellen".

Es ist nicht das erstemal, dass eine solche Erklärung von einem Syndikus abgegeben worden ist. Vielfach stimmendie Ablehnungen im Wortlaut fast völlig überein. Allem Anschein nach ist von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber bereits die Parole ausgegeben worden, die volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch so überaus bedeutsame Arbeitszeitverkürzung unmöglich zu machen. Die Unbelehrbaren wollen dem Rad der Entwicklung, die seit dem Ausbruch der grossen Krise auf dem Marsch ist, in die Speichen fahren. Hat es einen Zweck, Leute zu warnen, die sich partout umbringen wollen?

-----

SPD. Mit dem kommunistischen sogenannten Einheitsverband der Bergarbeiter geht es rapid bergab. Ein Teil seiner Anhänger hat, wie der Bergbauindustriearbeiterverband mitteilt, schon wieder seinen Austritt erklärt. Das Verbandsorgan der kommunistischen Organisation kann nicht mehr herausgegeben werden, weil die Schulden beim Verlag zu gross geworden sind. Jetzt will die RGO. "Betriebswehren" bilden. Der Kampfbund gegen den Faschismus soll die Betriebe mobilisieren und "streikreif" machen. - Also neuer Unfug, neue Spielereien, die Zeit, Arbeitergroschen und sogar Arbeiterblut kosten, neue "Eintagsfliegen, der Flügel beraubt, erbärmlich verwesliche Wesen" -.

-----

## Lohnsteuererstattungen.

---

SPD. Das Einkommensteuergesetz lässt ein bestimmtes Existenzminimum steuerfrei, das bei 1200.-RM für den Ledigen beginnt und mit dem Familienstand steigt. Die Garantie für die Steuerfreiheit des Existenzminimums wird dadurch eingelöst, dass dem Paragraphen, der die Umlegung des steuerfreien Lohnbetrages auf die Lohnzahlungsperioden regelt, ein anderer Paragraph zur Seite steht, der ausspricht, dass für die nicht berücksichtigten Lohnperioden nach Jahresschluss eine Erstattung eintritt. In gewissem Grade ist diese Garantie freilich seit jeher durchlöchert gewesen, denn Beträge von weniger als 4 Mark wurden nie erstattet. Wenn mit der Notverordnung die Steuererstattungen jedoch allgemein beseitigt worden sind, so bedeutet das eine grundsätzliche Aufhebung des steuerfreien Lohnbetrages. Die Einkommenssteuer, ihrer Natur nach Personalsteuer, wird damit zu einer von der Person des Steuerzahlers losgelösten Objektsteuer. Schon aus diesem Grunde ist es unmöglich, die Beseitigung der Erstattungen hinzunehmen. Dies umso mehr, als es sich hierbei nicht um eine isolierte Massnahme, sondern anscheinend um einen Systemwechsel handelt, denn auch die Bürgersteuer (Negersteuer) und die Krisensteuer, von Haus aus Zuschläge zur Einkommensteuer und damit gleichfalls Personalsteuern, sind als Objektsteuer aufgezogen.

Die Degradierung der Einkommensteuer und ihrer Zuschläge zu einer Objektsteuer hat nicht etwa nur theoretische Bedeutung. Sobald das Gesetz an dem Grundsatz festhält, ein bestimmtes Existenzminimum steuerfrei zu lassen, die unterschiedslose Inanspruchnahme dieses Existenzminimums gleichzeitig jedoch illusorisch macht, wird zweierlei Recht geschaffen. Bestimmte Bevölkerungsschichten bleiben nach wie vor im vollen Genuss des Existenzminimums. Das sind die Selbständigen, die Beamten und die Festangestellten. Anderen Schichten wird seine Inanspruchnahme dagegen unmöglich gemacht; das sind die Arbeiter und Angestellten. Das Einkommensteuergesetz wird damit zu einem Instrument der Klassenpolitik. Da es diesen Charakter nur ablegen kann, indem es den Charakter der Personalsteuer wieder annimmt oder aber zu einer reinen Objektsteuer ausgebaut wird, es aber nicht zweifelhaft sein kann, dass die Regierung den zweiten Weg, der zu einer allgemeinen Aufhebung jeglichen steuerfreien Existenzminimums führen würde, wegen der Widerstände insbesondere bei der Beamtenschaft nicht beschreiten wird, bleibt nur die Möglichkeit, den Paragraphen 93 wieder herzustellen - vor- ausgesetzt natürlich, dass es der Regierung um das Prinzip der Demokratie im Einkommensteuergesetz ernsthaft zu tun ist.

Noch ungeheuerlicher als unter allgemeinen Gesichtspunkten nimmt sich die Streichung des § 93 vom Standpunkt des Betroffenen aus. Sie besagt nichts anderes, als dass der Lohnsteuerpflichtige, der das Unglück hat, im Laufe eines Jahres irgendwann einmal arbeitslos zu werden, mehr Steuern zahlen muss, als ein anderer, der das gleiche Jahreseinkommen hat, vom Unglück der Arbeitslosigkeit aber verschont bleibt. Dem Betroffenen muss die Verweigerung der Erstattung also als eine Art Strafe dafür erscheinen, dass er nicht voll arbeiten durfte. Strafsteuer auf Arbeitslosigkeit - ein Hohn! Eine Strafsteuer, die umso härter wird, je länger die Arbeitslosigkeit andauert! Bezieht ein unverheirateter, der Ledigensteuer nicht unterliegender Arbeiter beispielsweise 2000 Mark Einkommen bei voller Beschäftigung, so braucht er nur 2000 Mark - 1200.- RM = 800 Mark zu versteuern. Ist er 10 Wochen arbeitslos, so werden 2000.-Mark - 1008 Mark =



992.- RM der Besteuerung unterworfen, ist er ein halbes Jahr arbeitslos, 2000 Mark = 624.- RM = 1376 RM. Dieses Beispiel ist aber noch günstig gewählt. Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit wird es oft vorkommen, dass das Jahreseinkommen überhaupt unterhalb der steuerfreien Grenze bleibt, sodass ein Einkommen versteuert werden muss, dessen Steuerfreiheit im Gesetz grundsätzlich garantiert ist. Dies wird insbesondere bei Frauen, bei ungelernten Arbeitern, bei Arbeitern jeder Qualifikation in Orten mit niedrigen Löhnen und bei Arbeitern auch mit verhältnismässig hohem Stundenlohn bei grosser Arbeitslosigkeit eintreten. Berücksichtigt man, dass gewisse Berufe in jedem Jahr einer unent-rinnbaren Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, so wird das E. St. G. nach Strei-chung des § 93 darüber hinaus zu einem Sondergesetz für Angehörige von Be-rufen mit saisonüblicher Arbeitslosigkeit, d. h. gerade für diejenigen Arbei-ter, die durch die sozialpolitischen Massnahmen der Notverordnung ohnehin besonders betroffen werden.

Keines Beweises bedarf, dass die Härten, die sich für die Arbeiter- und Angestelltenschaft nach Massgabe von Arbeitslosigkeit, Familienstand und Be-rufszugehörigkeit ergeben, zusammenfallen können. In der Regel werden sie auch wenigstens was Arbeitslosigkeit und Familienstand betrifft, zusammenfallen, und bei einem sehr hohen Prozentsatz der arbeitslos Gewesenen, der etwa 15 bis 20 % betragen dürfte, wird das Zusammenwirken dieser beiden Härtequellen durch Hinzutritt der Berufszugehörigkeit noch verstärkt.

Eine vierte Härte liegt darin, dass nunmehr auch die nachträgliche Be-rücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse in Fortfall gerät. Da-mit wird die Inanspruchnahme des sogenannten Härteparagraphen, der eigens eine Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse dienen soll, praktisch, wenn auch nicht grundsätzlich unmöglich gemacht. Die Finanzämter pflegen Anträge nach diesem Paragraphen (§ 56) nämlich nur dann zu berücksichtigen, wenn eine besondere Belastung tatsächlich bereits eingetreten ist; was aber kann die Berücksichtigung nützen, wenn nach erfolgter Bewilligung Arbeitslosigkeit eintritt und damit keine Möglichkeit mehr gegeben ist, von ihr Gebrauch zu machen? Alles dies beweist, dass der Paragraph 93 eine ganz entscheidende Rol-le spielt, ja, dass ohne ihn grundlegende Bestimmungen des Gesetzes nur auf dem Papier stehen. Die Bürokratie pflegt demgegenüber darauf zu verweisen, dass er im Finanz-Verwaltungsbetriebe ungeheure Arbeitslast verursache. Ganz abgesehen davon, dass dieser Hinweis heute, nachdem sich längst ein bestimm-tes Arbeitsschema herausgebildet hat, nicht mehr zutrifft, muss man dem immer wieder entgegenhalten, dass, um diese vorgebliche Arbeitslast zu vermeiden, nur übrig bleibt, das Einkommensteuergesetz selbst zu ändern. Aus dem herr-schenden Gesetz ist der Paragraph 93 aber nicht weg zu denken.

---

SPD. Der vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine errechnete Ernährungs-index wird für den Monat Juli 1931 mit 89,8 angegeben (Preise 1926 = 100 ge-setzt). Im vorigen Monat betrug der Index 87,4. Die Erhöhung wird auf die im Juli eingetretene Steigerung der Preise für Kartoffeln, Zucker und Eier zurück-geführt.

---

SPD. Die deutsche Rohstahlgewinnung wird für den Monat Juli mit 803 000 Tonnen angegeben gegenüber 779 000 Tonnen im Vormonat. Die arbeitstägliche Ge-winnung liegt damit um fast 210 Tonnen niedriger als im Monat Juni. Die Roh-eisengewinnung machte 569 000 Tonnen aus (Vormonat 575 000 Tonnen), die arbeits-tägliche Produktion ist um 822 Tonnen niedriger als im Vormonat.

---

SPD. Der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, macht im Rahmen der Vorschläge des Hausbesitzes, die Hauszinssteuer zu beseitigen, den Vorschlag, den Hausbesitz mit einer Rente zu belasten, die 60 Jahre lang zu zahlen ist. Dazu führt der Bund Deutscher Mietervereine u. a. folgendes aus:

\*Eine Rente halten wir für das richtige, weil sie die einfachste Form der Grundstücksbelastung ist und auch für den Fall der Zwangsversteigerung die einfachste rechtliche Gestaltung zulässt. Die Rente muss selbstverständlich den Vorrang vor allen anderen Grundstückslasten erhalten. Die Rente soll sich auf 60 Jahre erstrecken, damit einerseits die schwer ringende gegenwärtige Generation mit der Tilgung nicht zu schwer belastet wird, andererseits die Rente in einem angemessenen Verhältnis zur Lebensdauer der Häuser steht. Grundlage für die Feststellung der Entschuldung des einzelnen Grundstücks bilden die Erklärungen des Eigentümers und die Feststellungen der Grundbuchämter über die Belastung. Die Veranlagung selbst erfolgt wie bisher durch die kommunalen Steuerämter. Die Höhe der Rente ist für das ganze Reich einheitlich festzusetzen. Die Ungleichheiten, die heute von Land zu Land bestehen, müssen endlich aufhören; es muss den einzelnen Ländern, wie beispielsweise Preussen, die Möglichkeit genommen werden, den Vermietern Geschenke von Hunderten von Millionen jährlich auf Kosten der Mieter zu machen. Die Rente muss nach unserer zahlenmässigen Darstellung für 60 Milliarden Entschuldungsbetrag auf  $1\frac{1}{2}$  Milliarde Reichsmark jährlich festgesetzt werden, d. h. das einzelne Grundstück hat eine jährliche Rente von  $2\frac{1}{2}\%$  der festgestellten Entschuldung zu zahlen. Wirtschaftlich schwache Mieter, (ebenso Pächter u. ä.) müssen auch künftig einen Rechtsanspruch auf Ermässigung oder Erlass der Miete bis zur Höhe der ihren Raum belastenden Rente haben. Auch hier müssen die jetzt bestehenden Ungleichheiten der Länder untereinander aufhören. Es geht nicht an, dass beispielsweise Preussen und Sachsen sehr stark voneinander abweichende Härtebestimmungen haben. Die Rente muss, wie heute die Aufwertungssteuer, zugunsten der Länder und Gemeinden fließen; der Anteil für den allgemeinen Finanzbedarf muss aber allmählich abgebaut werden, damit für die Wohnungswirtschaft, insbesondere für Neubau und Siedlung, die dringendst notwendigen Mittel bereitgestellt werden können. Zur Zeit beträgt der Anteil der Länder und Gemeinden für den allgemeinen Finanzbedarf etwa 1,1 bis 1,2 Milliarden Reichsmark jährlich. Damit für den Wohnungsbau wenigstens die allerdringlichsten Mittel zur Verfügung stehen, müssen sich Länder und Gemeinden für ihren Finanzbedarf zunächst bei einem Anteil von 1 Milliarde Reichsmark begnügen. Dieser Anteil ist bis auf weiteres um  $2\%$  jährlich zugunsten der Wohnungsbaumittel abzubauen!

Der Bund Deutscher Mietervereine geht bei seinen Vorschlägen von der Voraussetzung aus, dass die Althausmiete auf 100 Prozent der Friedensmiete gesenkt wird. Zu gleicher Zeit wird die planmässige Senkung der Neubaumieten verlangt, da es unmöglich und untragbar ist, die Neubaumieten, die zum Teil eine Höhe bis zur doppelten Friedensmiete erreicht haben, auf dieser Höhe zu belassen.

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium hat eine weitere Ergänzung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung den Landesfinanzämtern zugelassen. Insbesondere sind gewisse Geschäfte mit Devisen, die nach der Devisenverordnung genehmigungspflichtig sind, von der Genehmigung freigestellt worden, soweit sie von den von der Reichsbank anerkannten Devisenbanken durchgeführt werden. Ferner ist angeordnet worden, dass zur Bezahlung von Warenschulden im innerdeutschen Verkehr Devisen nur zugeteilt werden dürfen, wenn es sich um die Erfüllung einer vor dem Inkrafttreten der Devisenverordnung entstandenen Forderung handelt oder für Geschäfte der betreffenden Art die Zahlung in effektiver ausländischer Währung handelsüblich ist. Dadurch soll der neuerdings um sich greifenden volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Faktu-

rierung in effektiver ausländischer Währung entgegengetreten werden. Schliesslich wird klargelegt, dass zur Errechnung der 3 000 Reichsmark, bis zu denen nach § 11 der Devisenverordnung eine Person während eines Kalendermonats Geschäfte, die nach der Devisenverordnung an sich genehmigungspflichtig wären, frei vornehmen kann, der Erwerb von Devisen und die Verfügung über anderweit erworbene Devisen sowie der Erwerb ausländischer Wertpapiere und die Verfügung über solche Papiere als ein einheitlicher Tatbestand gelten. Ebenso gilt die Einräumung von Reichsmarkkrediten zu Gunsten eines Ausländers und die Abtretung von Markforderungen an einen Ausländer als ein einheitlicher Tatbestand.

SPD. Die nordamerikanische Regierung hat einen Plan ausgearbeitet, um den durch die Rekordbaumwollernte hervorgerufenen Preissturz zu mildern. Der Plan sieht u. a. die Aufnahme einer Sanierungsanleihe vor. Mit Hilfe dieser Anleihe will das nordamerikanische Farmamt Baumwolle aufkaufen, um das Angebot zu vermindern. Es kommen hier Mengen von 9 bis 10 Millionen Ballen in Frage. Die Aktion macht aber die nordamerikanische Regierung davon abhängig, dass die Baumwollfarmer einen Teil ihrer Baumwollernte vernichten, und zwar spricht eine Kabelmeldung davon, dass sich die Farmer verpflichten sollen, jede dritte Reihe auf ihren Baumwollfeldern nicht abzuernsten, sondern unterzupflügen.

Vernichtungen grössten Stils in den Rohstoffindustrien sind immer wieder vorgekommen. Am bekanntesten dürfte die Kaffeevernichtung sein. Man warf den Kaffee einfach ins Meer, um das Angebot zu verknapen und die Preise zu steigern. Diese Methoden der kapitalistischen Wirtschaft zeichnen die Anarchie dieser Wirtschaft. In diesem Falle ist der Entschluss der nordamerikanischen Regierung insbesondere ein tiefer Ausdruck für die Notwendigkeit, die Kanäle der Weltwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, damit gekauft und verkauft werden kann. Das bedeutet in erster Linie, Deutschland wieder zum Käufer auf den Weltwarenmärkten zu machen, indem man dazu beiträgt, die deutsche Finanzkrise zu überwinden.

SPD. Als eines der ersten Länder Deutschlands ging der Preistaat Baden daran, seine reichen Wasserkräfte in Eigenwirtschaft wirtschaftlich auszunutzen. Vor 10 Jahren wurde die badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) gegründet, deren Aktien aber ausschliesslich im Besitz des badischen Staates sind. Der soeben erschienene Jahresbericht über das zehnte Geschäftsjahr 1930/31, lässt erkennen, welche umfassende Bedeutung diese Landeselektrizitätsversorgung für die badische Wirtschaft hat. Sind es doch bereits 567 Gemeinden mit 419 200 Einwohnern, rund 97 150 Haushaltungen, die mit Strom beliefert werden, wovon 85 600 Haushaltungen, das sind 88 %, an das Stromnetz angeschlossen sind. Nutzbar abgegeben wurden im ganzen Versorgungsgebiet 320033955 Kilowattstunden (241586802 im Vorjahre), wovon 308589800 Kilowattstunden (231271704) auf Crossverbrauch und 11444155 Kilowattstunden (10315098) auf Verbrauch für Licht- und Haushaltzwecke entfallen. Die Steigerung des Absatzes um 32,5 % war eine Folge aussergewöhnlich günstiger Wasserzuflüsse. So wichtig wie die Stromversorgung im Lande ist die Verbindung des badischen Stromnetzes mit Nachbargebieten, wodurch erst Wasserkraft und Strom völlig ausgenutzt werden können. Es bestehen Verbindungsleitungen nach der Schweiz, nach den Grosskraftwerken am Oberrhein und nach Strassburg. Durch das Leitungsnetz sind alle bedeutenden Elektrizitätswerke in Baden zusammengeschlossen und die Verbindung mit den Werken der benachbarten Länder hergestellt.

## Scharfe Preissprünge nach oben.

(Berliner Getreidebörse vom 13. August 1931.)

SPD. Im Gegensatz zum Vortage war die Tendenz an der Berliner Produktenbörse am Donnerstag ausgesprochen fest. Das am Mittwoch noch vorhandene Angebot an Weizen und Roggen war fast völlig wieder vom Markt verschwunden. Auf der anderen Seite macht sich wachsende Kauflust der Mühlen bemerkbar, die insbesondere vom Rhein stammt. Die Preise zogen daher für promptes Getreide scharf an, für Weizen um ca. 5 bis 6 Mark, für Roggen um 4 bis 5 Mark. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Preissteigerungen eher noch grösser. Für Mehl in beiden Sorten bestand bei anziehenden Preisen bessere Kauflust. Hafer hatte bei knappem Angebot feste Tendenz :

	<u>12. August</u>	<u>13. August</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	203 - 205	210 - 212
Roggen	161 - 163	167 - 169
Neue Wintergerste	148 - 159	148 - 159
Hafer	136 - 144	136 - 144
Weizenmehl	26,25-34,75	26,50-35,00
Roggenmehl	24,00-25,75	24,00-26,25
Weizenkleie	10,25-10,75	11,00-11,50
Roggenkleie	9,75-10,25	9,75-10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 223-224, Oktober 226, Roggen September 177, Oktober 181 Brief, Hafer September 143-142, Oktober 145 - 144 fest.

## Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier, festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 13. August. A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische gestempelte über 65 gr 9,75, über 60 gr 9, über 53 gr 8,50, über 48 gr 7,50, frische Eier über 53 gr 8, aussortierte, kleine und Schmutzeier 6. B. Auslandseier: Dänen 18er 10, 17er 9,25, Schweden 18er 10, 17er 9,25, Holländer 68 gr 10,25, 60-62 gr 9-9,25, 57-58 gr 8,75, Bulgaren 7,50, Rumänen 6,75-7,25, Ungarn 7, Jugoslawen 7. Polen normale 6-6,25, abweichende 5,25-5,75, kleine, Mittel und Schmutzeier 5,50. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung kühl, Tendenz: behauptet.

## Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 13. August. Amtliche Notierung im Verkehr zwischen Erzeuger und Grosshandel, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 131, II. 121, abfallende Sorten 107 RM. Tendenz! befestigt.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 61

Berlin, den 13. August 1931

"Warum kein Mädchenname?-"<sup>x</sup>

Von Gramen

SPD. Eines schönen Tages betritt der Gehilfe des Vorsitzenden der Finanz-Abteilung das Ortskommissariat. Er nickt zum Grusse, legt die Mitgliedskarte der Abteilung für Arbeiterbildung auf den Tisch nieder und sagt mit trockener Höflichkeit:

"Zur gefälligen Kenntnissnahme, so wahr ich ein Russe bin, ich heisse Semjon. Semjon - aber keineswegs Sophie. Die Mitgliedskarte, die Sie mir ausgestellt haben, enthält die Bestätigung, dass ich Mitglied des Verbandes der Buchdrucker bin. Und dazu den Namen Sophie. Was soll das eigentlich heissen?"

"Ja?" liess sich der Sekretär des Ortskommissariats vernehmen. "Zeigen Sie mal her. Hm... tja... so was kann schon vorkommen. Der Statistik der Gouvernementsabteilung für Arbeiterbildung ist eben ein Versehen unterlaufen. Es ist alles möglich".

Der Gehilfe des Vorsitzenden runzelt die Brauen und wiederholt:

"Semjon heisse ich - der Name hat nicht die entfernteste Aehnlichkeit mit Sophie. Ich ersuche Sie, den Fehler richtig zu stellen."

"Hm..., wie denken Sie sich das Genosse?" Der Sekretär des Ortskommissariats ist tief beleidigt. "Wie dürfte ich ein offizielles Dokument, das den Amtsstempel trägt abändern, Umsomehr wenn es sich darum handelt, einen weiblichen Namen in einen männlichen zu verwandeln... so was erlaubt sich nicht einmal der Bezirksrat, geschweige denn eine gewerkschaftliche Organisation."

"Aber gestatten Sie... versetzen Sie sich einmal in meine Lage! Soll ich immerfort als Sophie herumlaufen?" entrüstet sich der Gehilfe des Vorsitzenden.

Der Sekretär des Ortskommissariats zuckt die Achseln. "Ihre Lage ist bei weitem nicht so misslich. Vor kurzem, da geriet ich wohl in eine recht böse Lage. In der Mitgliedskarte eines Genossen war das Jahr 1923 als Geburtsjahr eingetragen worden. Das lief unserm Verantwortungsgefühl zuwider: wir sind nicht befugt, minderjährige einzustellen. Bei Ihnen kommt das allerdings nicht in Frage. Und was ficht das Sie an? Warum kein Mädchenname? Im Gegenteil, es könnte Ihnen bezüglich des Arbeitsschutzes von Vorteil werden, denn Frauen sind von der Nachtarbeit befreit, geniessen auch sonst mancherlei Erleichterungen."

"Was geht mich das alles an" entgegnete der Gehilfe des Ortskommissariats. "Ich mache mir nicht das mindeste daraus. Ich bitte..."

"Wenn Sie das nichts angeht, so doch den Verband." Der Sekretär sprach streng. "Der Verband wird sich schon drum kümmern. Ich finde es obendrein seltsam, Genosse, dass Sie noch so rückständige Vorurteile hegen, Sie sind ja eine noch junge Frau und dazu gebildet".

"Ich bin aber keine Frau! Teufel noch mal! Seit wann heisst eine Frau Semjon". Der Gehilfe des Kommissars war in voller Wut.

Der Sekretär des Ortskommissariats tat noch einmal einen Blick in die Mitgliedskarte, warf den Kopf zurück und fuchtelte mit den Armen. "Das steht es klar und deutlich zu lesen: "Sophie". Schwarz auf Weiss. Halten Sie das etwa für einen männlichen Namen? Sie scheinen es eigens darauf abgesehen zu haben, einem vielbeschäftigten Menschen seine Zeit zu rauben."

"Das... das ist ja... der Teufel mag wissen, was das heissen soll", erhob der Gehilfe des Kommissars seine Stimme. "Semjon, Semjon bin ich und nicht ir-



gend eine Sophie. Semjon!"

Der Sekretär sagte:

"Da haben wirs: echte Weiberlogik. Tatsache, Dokument, Statistik, Verbandsabteilung und Gouvernementsabteilung für Arbeiterbildung, alles klar auf der Hand und da wollen Sie noch Ihren eigenen Kopf durchsetzen! Vor allen Dingen kein Geschrei. Sie meinen wohl, da Sie eine Frau sind, ist Ihnen alles erlaubt? Lassen Sie die Karte hier. Ich will bei der Gouvernementsabteilung anfragen, vielleicht ist da was zu machen."

Der Gehilfe des Vorsitzenden ging. Er war recht böser Stimmung. Er ging und schüttelte den Kopf und murmelte nachdenklich und betrübt vor sich hin: "Sophie... nein, was soll das in der Tat. Wenn sie mich als "Oktoberrevolution" oder als "Proletarische Revolution" eingetragen hätten...aber...Sophie!... Aus dem Russischen übertragen.

---

### Liebe im Vorortzug.

---

SPD. Kurt und Lisa hatten im Vorortzug ein leeres Abteil erwischt, das ausserdem noch den bedeutenden Vorteil hatte, von den Nachbarabteilen vollständig getrennt zu sein. Es war ein alter unmoderner Wagen, der in besseren Zeiten schon längst ausrangiert worden wäre. Kurt und Lisa segneten die gespannte Kassenlage der Reichsbahn, den Verkehrsrückgang und den unbekanntenen Mann mit der roten Mütze, der diesen Wagen gerade an diesen Zug hatte hängen lassen.

Der Zug ratterte durch Wald und Wiesen, vorbei an prächtigen Gärten, herrlichen Villen und glitzernden Gewässern. Kurt und Lisa sahen nichts davon. Sie sassen in ihrem Abteil und nutzten den Raum so gut wie nicht aus. Sieben Sitzplätze blieben frei. Sie hatten viel zu reden, aber nicht vom letzten Boxkampf oder Tennisturnier, vom geplanten Ozeanflug und missglückten Raketenabschuss, sondern von Liebe und Treue. Das gibt es noch. Jeder Satz, den sie sprachen, endete mit einem Ausrufungszeichen - mit einem Kuss. Es waren erstaunlich kurze Sätze mit erstaunlich viel Ausrufungszeichen.

So erfreulich es war, dass der Zug kein Eilzug, sondern ein ausgesprochener Bummelzug war, so peinlich war es, dass er auf jeder Station hielt, und dass es auf jeder Station Leute gab, die in dem Wahn lebten, sie müssten gerade mit diesem Zuge fahren. Schon dreimal war die entzückende Zweisamkeit ernsthaft bedroht gewesen, erst von einer kinderreichen Familie, dann von drei Damen, die von ihrem Wochenkaffeklatsch zurückkehrten, und schliesslich von einem Kegelklub, der von einer sehr feuchten Sitzung kam. Immer war es Kurt und Lisa gelungen, durch Vortäuschen von Gedränge am Fenster und durch lebhaftes Stimmengemurmel die Gefahr im letzten Moment abzuwenden.

Aber auf der vierten Station passierte das Unglück. Eine würdige alte Dame erschien auf dem Bahnsteig und fing an, gemessenen Schrittes am Zuge entlangzugehen und durch ihre Lorgnette in jedes Abteil hineinzuzügen. Sie schien nicht zu finden, was sie suchte; denn immer wieder schüttelte sie ärgerlich den Kopf und ging zur nächsten Tür. Ein Bahnbeamter, der ein Interesse an der baldigen Abfahrt des Zuges hatte, riss eine Abteiltür für sie auf und lud sie durch eine Handbewegung zum Einsteigen ein. Aber nach einem Blick durch ihre Stielbrille schritt sie weiter. Voller Angst sahen Kurt und Lisa das Unheil nahen. Vor dem Nebenabteil blieb die wählerische Matrone stehen und zeigte Neigung einzusteigen. Zwei Lungen schickten sich zu erleichtertem Aufatmen an. Da erspähte sie die beiden, die am Fenster Gedränge markierten. Ein tückisches Lächeln glitt über ihre welken Züge, und mit greiser, aber fester Hand öffnete sie die Tür, stieg ein, setzte sich, zuckte ihre Lorgnette und - glotzte. Die Augen der Matrone, die durch die Lorgnette so gross wie Teetassen aussahen,

hüllten die beiden vom Kopf bis zu den Füßen in strafende, missbilligende Blicke ein. Alle vierzig Sekunden erfolgte ein entrüstetes Kopfschütteln.

Da blickte Kurt sich recht auffällig und recht argwöhnisch um, näherte seinen Mund Lisas Ohr und sagte mit dumpfer, aber ungedämpfter Stimme: "Hast du auch den Chloroform=Lappen nicht vergessen?"

Lisa verstand sofort und erwiderte mit grausamem Lächeln: "Natürlich steckt er in meiner Handtasche. Willst du denn jetzt schon...?"

"Nein, noch nicht. Hinter der nächsten Station kommt ein Tunnel. Das passt gut. Aber es muss rasch gehen und ohne Geschrei. Beim letzten Mal warst du zu langsam."

Ein leises Klappern. Die Stielbrille war der Hand der Matrone entglitten und auf den Boden gefallen. Ihre Augen waren jetzt auch ohne Gläser so gross wie Teetassen und starrten entgeistert auf die beiden.

Ein dumpfes Rollen: die Bremsklötze begannen auf die Räder zu wirken, der Zug verlangsamte seine Fahrt. Ein Ruck, und er hielt auf der Station.

Die alte Dame starrte noch immer mit Augen wie Teetassen auf das Pärchen. Aber Kurt konnte ihre Gedanken lesen. Er bückte sich, hob die Stielbrille auf, drückte sie der alten Dame in die Hand, erhob sich, bot ihr den Arm. Öffnete die Abteiltür und half ihr die Stufen hinab. Denn er war ein zuvorkommender Mensch.

Die Augen der Matrone gingen langsam auf ihre natürliche Grösse zurück, als sie dem davonfahrenden Zuge nachstarrte.

Der Zug ratterte durch Wald und Wiesen.

Kurt und Lisa sahen nichts davon.

W+G.

---

#### Aimée Dostojewskis Ende.<sup>x</sup>

---

Bei Gelegenheit des fünfzigjährigen Todestages des grössten russischen Dichters brachten die Zeitungen aller Kulturstaaten lange Artikel über den sehr bewegten Lebensgang Dostojewskis und Besprechungen seiner bedeutendsten Werke, aber niemand gedachte der besten Biographie des Dichters, nämlich seiner Tochter Aimée. Gedenken wir ihrer heute: denn Aimées Dostojewski ist kürzlich in einem Sanatorium in Gries bei Bozen im tiefsten Elend im Alter von 61 Jahren gestorben.

Aimée Dostojewski lebte schon seit 1925 in Südtirol und genoss in Arco am Gardasee die Gastfreundschaft der Prinzessin Lebedew. Von hier aus fuhr sie im Oktober 1926 in das bekannte Sanatorium Grieserhof in Gries, einem Vorort von Bozen, um sich von ihrer schweren Erkrankung heilen zu lassen. Die Diagnose ergab schwere Blutarmut, und die Aerzte hatten vom ersten Tage der Untersuchung wenig Hoffnung auf Heilung. Die Prinzessin Lebedew wünschte, dass die Freundin von einer Krankenschwester ihres Vertrauens, der Schwester Vera Cordelas aus Arco, gepflegt werde; sie selbst kam noch einmal, um Aimée zu besuchen und lies sich dann nicht wieder sehen. Die Kranke starb am 10. November nachmittags fünf Uhr. Der behandelnde Arzt Dr. Roesler und die Schwester Vera Cordelas meldeten den Todesfall bei der Behörde an. Die Behörde bewilligte das Armenbegrabnis. Dem schmucklosen Sarge folgten nur wenige Personen. Auf dem Grab steht ein aus zwei übereinander gelegten rohen Hölzern gebildetes Kreuz, auf dem die roh eingeschnittenen Worte zu lesen sind: Fräulein Aimée Dostojewski.

Etwa einen Monat nach der Beerdigung erschien ein orthodoxer Priester am Grabe, segnete es nach den Vorschriften seiner Religion und reiste wieder ab. Seitdem kümmert sich niemand um das zerfallende Grab. Erst eine Subscription, die im Kreise Wiener Literaten veranstaltet wurde, lenkte die Aufmerksamkeit auf diesen Zustand und nun nahmen sich auch die Italiener der Angelegenheit an. Mit Genehmigung der italienischen Regierung ist bereits eine Sammlung ein-

ist bereits eine Sammlung eingeleitet, deren Ertragnisse dazu dienen sollen, das Grab der Tochter Dostojewskis würdevoll zu gestalten.

---

### Lübbenauer Idylle.

---

SPD. Vor dem Eingang zum Spreewaldparadies, dem alten Städtchen Lübbenau an der Berlin-Görlitzer Bahn, steht die freundliche Mahnung: "Esst Gurken! Wer Gurken isst, hat mehr vom Leben"! Die Felder ringsum in der Weite sind mit grünem Blattwerk übersponnen, das sich jetzt bereits herbstlich färbt. Es sind Gurkenbeete, nichts als Gurkenbeete, die höchstens durch ein kleines Bohnenfeld oder Rübeneine Abwechslung erfahren. Flessige, sonngebräunte Bäuerinnen stehen in den Furchen und lesen die Früchte ab; sie tragen bei dieser Beschäftigung nicht ihre bunte Spreewaldtracht, sonderndunkle Kattunkleider und schwarze Strohhüte.

Das Fremdenpublikum, das sich durch die tausend Kanäle des Spreewalds gondeln lässt, wird freilich nur immer dieses Bild vor Augen haben: erlenbestandene Lagunen; windschiefe strohgedeckte Bauernhäuschen, teilweise als Blockhütten erbaut; Gasthöfe, die ziemlich stark auf Fremdenindustrie eingestellt sind; und sonntags Spreewälderinnen in ihrer Wendentracht: rote bauschige Röcke, weiss bestickte Mieder und grosse Blumenbestickte Kopphauben. Die Fremden werden indes das Schönste und Interessanteste dieser Landschaft selten sehen: einen Gurkenmarkt in Lübbenau.

Schon früh bei Tagesanbruch staken die Bauern ihre vollbeladenen Kähne mit Gurken zur Stadt. Die Anfuhr ist aussergewöhnlich gross: drei städtische Häfen nimmt sie auf und ausserdem in der Mitte des Ortes noch ein offener Markt zu dem Hunderte von Wagen zweimal in der Woche mit Gurken anrollen. An den Haupttagen der Gurkenernte kommen bis 5000 Zentner Gurken zu Wasser und zu Land zusammen. Buntes Volksgewühl, dessen Sprachlaute der Fremde kaum versteht, belebt den Tag, mit Ausdauer wird gehandelt und gefeilscht. Das Wasser ist vollständig bedeckt mit Gurkenkähnen. Aber neben den farbfrohen Bergen von Haufen gelber Schälgurken sprenkeln weisse Hügel von Zwiebeln, rote Bündel Mohrrüben und ganze Ladungen von Meerrettichwurzeln, deren armlange Enden gebündelt auf Haufen liegen, das Bild noch bunter. Spree-Venedig sucht seinen grossen Maler.

Begleitet man einender Transportwagen durch die schmalen Strassen der Stadt, so kommt man in einen jener grossen Fabrikhöfe, wo die noch taunassen Früchte sofort zur Verarbeitung gelangen. Scharen von Arbeiterinnen sortieren die Gurkenhaufen nach Grösse und Aussehen der Früchte und bringen die Ware zu den Lagerfässern, von denen die grössten 25 Hektoliter fassen. An einer anderen Stelle im Hof sitzen Frauen, die Berge von Schälgurken bearbeiten, aus denen die bekannten Senfgurken gemacht werden. Ueberall gärt es und riecht es: Lübbenau hat wirklich saure Gurkenzeit.

Die Lübbenauer sind bescheiden genug, den Weltruf, den die "echte Lübbenauer" besitzt, nicht einem Geheimnis der Fabrikation zuzuschreiben. Es ist hier wie mit dem Wein; die Frucht bekommt ihre "Blume" - wenn man beim Gurkengeschmack von "Blume" sprechen darf - durch den Boden. Und der Boden tut indirekt noch ein Uebriges, aber - Angenehmes: Fragt man eine der hübschen Spreewälderinnen, woher sie ihren zarten Teint habe, so sagt sie, der käme vom Gurkendaft, mit dem sie sich wäscht.

An den besten Markttagen dieses Jahres wurde den Bauern 4.50 Mark für den Zentner Binlegegurken gezahlt. Schälgurken erzielten einen Preis von 3,50 Mark. Die Gurkenproduzenten sind durchweg nur Kleinbauern, die ein bis zwei Morgen Gurkenland bewirtschaften. Der Ertrag aus der Haupternte ihrer Produkte ist also nicht sehr gross. Auch die Fabrikanten drückt die Konkurrenz. Wenn es im

Spreewald viele Gurken gibt, so mangelt es anderswo auch nicht daran. In der Tschocho=Slowakei herrschte in diesem Jahr ein solcher Ueberfluss, dass die Landleute die Ware oft für 75 Pfg. pro Zentner nicht losschlagen konnten. Die Hausfrau allein merkt von den billigen Preisen nichts, sie muss nach wie vor für eine saure Gurke 10 bis 20 Pfg. je nach der Grösse bezahlen.

Im Augenblick, wo die Gurkenfabrikation viele Hände, wenn auch für kargen Lohn, beschäftigt, merkt man von Arbeitslosigkeit in dem kleinen Lübbenau nichts. Aber Not und Sorgen sind bei den kleinen Landleuten und Arbeiterfamilien wie anderswo daheim. Jeder Fremde, der hier das Eingangstor zum Spreewald betritt, wird mit Freude in der Hoffnung begrüsst, dass er einige Groschen für eine Bootfahrt oder wenigstens für saure Gurken zurücklässt.

Friedrich Natteroth.

---

### Der Tod im Einmachegläse.<sup>x</sup>

---

SPD. Als man mit Hilfe des Mikroskops die Trichinen als die Verursacher zahlreicher Fleischvergiftungen entlarvte und daraufhin die amtliche Fleischbeschau eingeführt hatte, da glaubte man, dass die Frage der Nahrungsmittelvergiftungen mit einem Schlage gelöst sei. Als aber trotzdem immer wieder rätselhafteste Massenvergiftungen auftraten, die gänzlich unerklärlich schienen, da trat bald eine Ernüchterung ein. Zwar wagten sich hier und da noch neue Erklärungsversuche hervor, - so dachte man an chemische Vergiftungen durch die aus Kupfer, Zink oder Blei angefertigten Aufbewahrungsgefässe oder man gab den Kochgeschirren aus Aluminium schuld oder hielt auch die neuentdeckten Milzbrandbazillen für den Sündenbock - aber schliesslich gestand man sein Nichtwissen ein und sprach ganz allgemein von "Fäulnisgiften" oder "Zersetzungstoffen" als der Ursache lebensgefährlicher Vergiftungen; eine Auskunft, die, wie Dr. Venzmer im "Kosmos" in seiner ausgezeichneten "Umschau über die wichtigeren Nahrungsmittelvergiften" mit Recht betont, dem Reuterschen Wort ver-zweifelt ähnelt, dass die Armut von der Powerté herkomme. Sehr zu denken gab dabei der Umstand, dass es höchst strittig ist, ob Fäulnisvorgänge an sich überhaupt Vergiftungen hervorrufen. Denn schon die alten Römer, die grosse Feinschmecker waren, bereiteten sich aus verfaulten Forellen ein ihnen köstlich mundendes Gericht, in Sibirien verzehren die Eingeborenen heute noch ohne Schaden Fisch, Renntiere und Vögel, deren Fleisch bereits in Fäulnis übergegangen ist, und was ist schliesslich das, was wir mit "Houtgont" bezeichnen, anderes als eine leichte, eben beginnende Fäulnis des Wildfleisches?

Das muss also ausser dem gewöhnlichen Fäulnisvorgang noch etwas anderes im Spiele sein, zumal reichlich faulendes Fleisch oft gar keine unangenehmen Erscheinungen hervorruft, anscheinend durchaus einwandfreies dagegen die schwersten, ja tödtliche Folgen verursachen kann.

Eifriges Forschen führte nun dazu, eine Reihe Mikroben ausfindig zu machen, die als die hauptsächlichen Erreger von Massenvergiftungen in Frage kommen. Das sind neben den Trichinen und Milzbrandbazillen vornehmlich Typhus- und Paratyphuserreger; der gefährlichste von allen aber ist der Botulinus-bazillus, dessen besondere Tücke darin besteht, dass er die Nahrungsmittel nach Aussehen, Geruch, Geschmack so gut wie garnicht verändert, sodass die Menschen, die an dem gefürchteten "Botulismus" erkranken, zunächst gewöhnlich keine Ahnung davon haben, wo die wahre Ursache ihrer Erkrankung zu suchen ist; der Erreger der so oft tödtlich verlaufenden Vergiftungen ist an eine sauerstofffreie Umgebung gebunden und gedeiht daher ausschliesslich auf toten, organischen Stoffen, jedoch durchaus nicht auf Fleisch- und Fleischkonserven, sondern auf Fisch- und Gemüsekonserven und auf eingemachten Früchten. In alle diese Nahrungsmittel sondert er sein gefährliches Gift ab und findet die be-

sten Entwicklungsmöglichkeiten im sauerstoffarmen Innern der konservierten Nahrungsmittel, sodass unter Umständen wohl die äusseren, vom Sauerstoff berührten Schichten solcher Nahrungsmittel völlig unschädlich sein können, während im Innern das tödliche Gift enthalten ist, dass schon nach 12 bis 24 Stunden seine verherrende Wirkung auf die Zellen des Zentralnervensystems ausübt. Mattigkeit, Magenschmerzen, Erbrechen und Kopfweg leiten das Krankheitsbild ein, zu dem bald eigenartige Seh- und Sprachstörungen treten. Dann wird die Atmung oberflächlich und beschleunigt, der Puls langsam, Speichelfluss stellt sich ein und ein Schwinden der willkürlichen Bewegungsmöglichkeit. In der ersten oder zweiten Woche führt dieser qualvolle Zustand schliesslich zur Atemlähmung oder eine Lungentzündung macht dem Leben ein Ende.

Da rund die Hälfte aller Botulismusfälle tödlich verläuft, leuchtet es ohne weiteres ein, dass ohne den geringsten Zeitverlust ärztliche Hilfe herbeigerufen ist, sobald auch nur der leiseste Verdacht auf eine derartige Vergiftung besteht. Rasche Entleerung von Magen und Darm durch Magenspülung, Brech- und Abführmittel vermögen bisweilen noch einen Teil der Giftstoffe vor der Aufsaugung in den Körper zu entfernen.

Besser aber als alle nachträglichen Behandlungsmassnahmen ist Vorbeugen! Von grösserer praktischer Wichtigkeit ist es, zu wissen, dass das Botulismusgift schon durch Wärmegrade von 70 bis 80 Grad rasch zerstört wird. Büchsenfleisch, gesalzenes Fleisch, Gemüsekonserven sollten daher nie roh genossen werden. Haftet solchen Lebensmitteln ein irgendwie ranziger oder buttersäureähnlicher Geruch an, der auf das Vorhandensein des furchtbaren Bazillus hindeutet, so müssen solche Lebensmittel unbedingt beseitigt und nicht aus falscher Sparsamkeit doch nicht verwertet werden in der Hoffnung: "es ging wohl noch". Auch gehören Konservenbüchsen mit aufgetriebenem Boden oder Deckel in den Kleimer, ebenso der Inhalt von Einmachegläsern, deren Deckel lose ist, - denn in ihnen lauert der Tod!

Dr. Lily Herzberg.

---

SPD. Crasters Kusskampf. Dr. Craster, der bekannte amerikanische Förderer der "Antikussbewegung", hat sich nach England eingeschifft, um dort gleichfalls für seine Theorie der Gefährlichkeit des Küssens Anhänger zu werben. In Newark, der Hauptstadt des amerikanischen Staates New Jersey, in der Dr. Craster als Gefarzt des Städtischen Krankenhauses wirkt, bekamen u.a. sämtliche Babys auf ihre Lötchen den Satz gestickt: "Bitte küssen Sie mich nicht, ich möchte gesund bleiben." Dr. Craster hält zwar nicht das Küssen selbst für eine Krankheit, vertritt aber die Meinung, dass durch diesen körperlichen Aktivismus zu leicht Krankheitskeime übertragen werden. Aus dem gleichen Grunde ist Dr. Craster auch ein Feind des Lippenstiftes, dessen klebrige Schicht auf Bakterien dieselbe Anziehungskraft ausüben soll, wie eine Fliegendüte auf Fliegen.

---

SPD. Wunden und Pflaster. Von sadistischen Neigungen eines blasierten Lebemanns erfährt man durch eine Ehescheidungsklage der Filmschauspielerin Katherine MacDonald in Santa Barbara in Californien, die ihren Mann, den vielfachen Millionär H. Holmes, beschuldigt, sie mit einer Peitsche aus Schlangenhaut gegeisselt zu haben. Katherine MacDonald verlangt 5 000 Dollar Alimente pro Monat, was immerhin ein anständiges Pflaster auf ihre Wunden ist.

---